

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

145 (26.6.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 30 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Zustellgebühr, monatlich. Einzelnummer 20 A. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Preis: 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle: 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Endliche Lösung der Regierungskrise.

Die Ministerliste.

25. Juni, 25. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren ernannt: Reichsjustizminister (beauftragt mit der Vertretung des Reichskanzlers) Dr. Heintze; Reichsminister des Auswärtigen Simons, Reichsminister des Innern Dr. Koch, Reichsfinanzminister Dr. Wirth, Reichsernährungsminister Dr. Hermes, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichswirtschaftsminister Schulz, Reichsminister Raumer. Die Besetzung des Wiederkaufsausschusses ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden in Kürze abgeschlossen sein. Das Kabinett wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammenzutreten und sich am Montag dem Reichstag vorzustellen.

Nach langem Hängen und Würgen ist nun doch eine Regierung zustande gekommen, eine Koalition von Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei und wer behaupten wollte, daß die schwereren Erörterungen des Reiches seit den Reichstagswahlen ein Spiegelbild in der Zusammenlegung des neuen Kabinetts finden müßten, würde sich in einem schweren Irrtum befinden. Die Ministerliste, die uns heute präsentiert wird, läßt nichts von den schweren Geburtswehen ahnen, unter denen das Kabinett das Licht der Welt erblickte. Die meisten der bisherigen Minister aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten kehren heiter-lächelnd zurück, als wenn nichts geschehen wäre, und die in die Vertretung getauchten bürgerlichen Minister hinterlassen keine wesentlichen Wunden. Bankrott des Parlamentarismus? — Nein! Aber Bankrott der bürgerlichen Politik. Die beiden Neuerwerbungen des Kabinetts sind General Gröner, dem das Reichsverkehrsministerium, und Bankdirektor Simons, dem der schwierige Posten des Reichsministers des Auswärtigen anvertraut wird. Herr von Simons war längere Zeit im Auswärtigen Amt tätig, General Gröner hat sich im Weltkrieg durch zeitweilige demokratische Annäherungen angenehm von seinen militärischen Kollegen ab. Dr. Heintze, der anstelle des Demokraten Dr. Wirth das Reichsjustizministerium erhält und außerdem den Posten eines stellvertretenden Reichskanzlers bekleiden wird, ist Mitglied der Deutschen Volkspartei und ist im Gegensatz zu den besonderten unkompatiblen Erwerbungen der Streikmann-Sinnes-Christy usw. eine Persönlichkeit, die sich durch tatkraftvolles Wirken und energische Beurteilung des Kampfesverhaltens auch bei seinen politischen Gegnern Achtung zu verschaffen verstand.

Habemus papam! Über die „skumata“, die kaumwolle der verbrannten Stimmzettel, die diesmal dem „Papst“ entfiel und dem herrschenden Volke die vollzogene Wahl angeigt, verbreitet einen unangenehmen Geruch. Das Schauspiel, welches die Parteien während der Regierungskrise geboten haben, war kein sehr erhebendes. Daß die Sozialdemokratie infolge Zurücknahme der Unabhängigkeits nicht in der Regierung bleiben kann, ist verständlich und keine Partei kann es uns verargen, wenn wir, nachdem sich die Arbeitermassen durch den U.S.V.-Praktik haben kopfschütteln lassen, unsere Leute aus den exponierten Stellen zurückziehen. Trotzdem hat man uns es vielfach verargt. Ebenso zäh und hartnäckig, wie uns die Monarchie jeden Nachwärtsschritt verweigerte, trägt man uns jetzt die höchsten Staatsstellungen nach, weil eben das Regieren unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles andere wie ein Vergnügen ist.

Wir sind also jetzt in der Opposition ohne deshalb unsere Grundzüge verleugnen und die vergangene kurze Regierungszeit als eine Sündenzeit betrachten zu wollen. Wir stehen heute noch auf dem von Hebel vertretenen Standpunkt, daß man schon im Gegenwartsstaat für das Proletariat so viel wie irgend möglich herauszuholen müßte und streben nach wie vor danach, unsere Forderungen zu verwirklichen und wieder zur Regierung zu gelangen. Die Wiederbeteiligung an den Regierungsgeschäften oder ihre alleinige Übernahme ist für uns nur eine Frage der gegebenen Verhältnisse und nicht des Prinzips. Eine Partei, die, wie die U.S.V., Angst vor dem Regieren hat, ist auf sich eine Unmöglichkeit im demokratischen Staat. Kritizieren und krazeeeln kann jeder. Aber Bessermachen ist der Stein der Weisen, der in unendlich schwerer Zeit, wo unser Volk durch den Krieg und unsere Niederlage in tiefste Armut geraten ist, gefunden werden will. Unter diesem Gesichtspunkt werden wir unsere Opposition einzurichten haben, denn über kurz oder lang werden wir selbst zum Bessermachen berufen werden.

Die neue Koalitionsregierung ist eine Minderheitsregierung, die nur über 175 Abgeordnete, ein reichliches Drittel der Reichstagsmehrheit, verfügt; eine Verlegenheitsregierung, die gewissmachen in der Luft hängt. Die beiden sozialistischen Parteien zählten mit ihren 198 Stimmen allein mehr als die Regierungsparteien zusammen. Ob

dieser Notbehelf also lange vorhalten wird, muß die Zukunft lehren. Es wird nicht von der Sozialdemokratie abhängen, ob der neuen Regierung ein langes Leben beschieden sein wird, sondern von ihr allein. Wenn die in ihr nicht vertretenen Parteien der Linken und der äußersten Rechten gegen sie stimmen, fällt sie an demselben Tage, an dem sie sich dem Parlament vorstellt. Und was dann? Dann ist die Lage genau so, wie vor drei Wochen. Wir werden stat in Spa mit einer Vertretung aufwarten zu können, eine neue Regierungskrise haben, heraufbeschworen durch die Unvernunft derjenigen Partei, der das Schicksal der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes höchst gleichgültig ist und die nur dem Phantom der Weltrevolution nachjagt. Unermesslicher Schaden kann daraus unserer Volks entstehen.

In ihrem Wahne der Todfeindschaft gegen die Sozialdemokratie haben die Unabhängigen die alleinige Macht den bürgerlichen Parteien in die Hände gespielt. Und wenn auch anzunehmen ist, daß die neue Regierung zunächst verhandelt wird, möglichst wenig bei der Sozialdemokratie anzuklopfen, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß sie sich im Laufe der Zeit unter dem Einfluß agrarischer und kapitalistischer Kreise immer mehr nach rechts in eine Stammsstellung gegen die Arbeiterklasse drängen läßt. Schädlich kann für die Massen des Volkes eine bürgerliche Regierung auch deswegen werden, weil sie vieles unterlassen wird, was geschehen müßte. Die wirtschaftliche Entwicklung weist nur zu deutlich darauf hin, daß wir fortwährend müssen auf dem Wege zur gemeinschaftlichen Organisation unserer Volkswirtschaft. Und diese Fragen sind nur in sozialistischem und nicht in bürgerlichem Sinne zu lösen. Die Schwierigkeiten der neuen Regierung werden sich von allein sehr bald einstellen.

Wir Sozialdemokraten stehen dem neuen Kabinett feindschaftlos abwartend gegenüber. In Anbetracht der auswärtigen Ereignisse, insbesondere mit Rücksicht auf Spa, wird die sozialdemokratische Fraktion getreu ihren Verpflichtungen der neuen Regierung kein Mißtrauensvotum erteilen. Dagegen sind wir uns darüber völlig klar, daß von einem bürgerlichen Kabinett, in dem die arbeitende deutsche Volkspartei fehlt, für die arbeitenden Massen des Volkes nicht positives zu erwarten sein wird. Wir werden deshalb in der Hauptsache unser Augenmerk darauf zu richten haben, daß seitens der kommenden Regierung nichts unternommen wird, was dazu angeht wäre, den Wirtschaftswelt, das Betriebsruhegebet, das freie Wahlrecht oder andere Errungenschaften der Revolution zu beseitigen.

Darum heißt es für uns, das Pulver trocken halten und die Zeit, wo wir außerhalb der Regierung stehen, auszunutzen zur Organisation und zur Anflutung des Volkes, damit, wenn die Zeit kommt, wir die Räder in die Hand nehmen und den Sozialismus zur Durchführung bringen können.

Die neuen Männer.

25. Juni. (Preis-Teil.) Die mitgeteilte Zusammenlegung des Kabinetts Fehrenbach hat sich bestätigt. Dr. Heintze behält also entgegen anderslautenden Mittermeldungen das Reichsarbeitsministerium, der Direktor des Nationalen Volksvereins in München-Gladbach, Abg. Braun, übernimmt. Der Posten des Wiederkaufsausschusses war dem Direktor der Münchener Filiale der Deutschen Bank, Kommerzienrat Böhm, angeboten worden. Böhm gehört der Bayerischen Volkspartei an. Nach Informationen des B. T. wird Böhm jedoch ablehnen. Für diesen Fall ist der Abg. Kempter von der Deutschen Volkspartei für dieses Ministerium in Aussicht genommen. Kempter ist Rechtsanwalt, gehörte bereits der Nationalversammlung an und hat hier in verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Heintze wurde am 12. Juli 1865 in Oldenburg geboren. Bis zum Anfang des Jahres 1918 war er Landgerichtsdirektor in Dresden. Dort hatte er auch am politischen Leben regen Anteil genommen und schloß zu den Führern der Nationalliberalen. 1906 wurde er als Vertreter für Dresden-Altstadt in den Reichstag gewählt. Im Frühjahr 1918 ernannte ihn König Friedrich August zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen Dr. Nagel im sächsischen Justizministerium. Nach der Revolution wurde er in die Nationalversammlung gewählt. Dort trat er an die Spitze der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Der Außenminister Dr. Simons ist aus der juristischen Laufbahn hervorgegangen in der er bis zum Oberlandesgerichtsrat in Kiel aufwärts stieg. Anfang vorigen Jahres war Simons, der inzwischen Ministerialdirektor geworden war, zum Chef der Reichsjustiz in Aussicht genommen. Damals aber war er in diesem Amt im Hinblick auf die schwierigen Verhandlungen mit der Entente unabschließbar, und übernahm deshalb die Vertretung des Auswärtigen Amtes in der deutschen Reichsdelegation in Versailles, wo er sich als nächster Vertreter des Grafen Brockdorff-Rausan als kluger und erfahrener Rechtspraktiker zeigte. Seit etwa Jahresfrist war Simons Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie. In politischer Beziehung steht Dr. Simons auf dem Boden der Deutschen Demokratie.

Verkehrsminister Gröner. Der neue Verkehrsminister Wilhelm Gröner ist in Ludwigsburg geboren. Nach als Leiter des Eisenbahnwesens wurde er im Mai 1918 in das Kriegsernährungsamt, im November desselben Jahres an der Spitze des neuorganisierten Kriegsamts zum Organisator des nationalökonomischen Hilfsdienstes berufen. August 1917 trat er, wohl infolge innerer Meinungen in die Front zurück, nahm als Divisions- und Korpskommandeur an dem westlichen Zug in die Ukraine hervorragenden Anteil, um nach Lubendorfs Abtritt den wichtigsten, schwierigsten und unter den damaligen Umständen dreifach belasteten Posten eines Ersten Generalquartiermeisters auszufüllen.

Der Reichsminister v. Raumer hat eine Zeitlang dem Reichsfinanzministerium angehört und bei der Ausarbeitung der Reichsfinanzen beigewirkt. Dann trat er aus dem Staatsdienst aus und übernahm den Posten eines Geschäftsführers des Elektrotechnischen Verbandes.

Preßfestimmen.

Zur Lösung in der Kabinettkrise heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: Eine Minderheitsregierung wird jetzt das Ruder führen, sie wird es nur können, durch eine geschickte und sachliche Politik, die sich von jeder Parteimeinung fernhält. Sie hat dazu den festen Willen, und sie rechnet auf die selbstlose Mitarbeit aller Parteien, deren Willen es ist, Staat und Volk wieder den Weg aufwärts zu führen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie, die der Regierung eine gewisse Schonung zu bewilligen geneigt ist, wird wahrscheinlich bald mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel, im Kampfe stehen. Dann wird es gelten, den verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen zu versuchen, was nur möglich sein wird, wenn die Unabhängigen ihre Politik des Zwiischen-zwei-Stühlen-Sitzens aufgeben und sich der Methode der parlamentarisch-demokratischen Nachgebenen zu bedienen lernen.

Die rechtsstehenden Blätter lassen die Lage im ganzen sehr ernst auf. Am so besser, heißt es in der „Deutschen Tageszeitung“, müssen Regierung und Volk auf dem Boden unseres Rechts und der nationalen Lebensnotwendigkeiten stehen und um so tüchtiger und mutiger den Dingen ins Auge sehen.

Die Präsidentschaftswahl im Reichstag.

25. Juni. Das Haus und Tribüne weisen eine ähnliche Fülle wie am Donnerstag auf. Die Ministerbänke sind auf der rechten Seite ganz leer, auf der linken Seite weisen sie große Lücken auf. Als Schriftführer waltete heute Abg. Fischer (Soz.) seines Amtes, der gestern dem Rufe des Alterspräsidenten wegen vorübergehender Abwesenheit nicht Folge leisten konnte. Alterspräsident Meise eröffnete die Sitzung und läßt die dem Hause zugegangenen Eingänge verleien, darunter bereits einige Interpellationen. Er verliest sodann die für die Wahl des Reichstagspräsidenten maßgebenden Bestimmungen. Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abgeordneten Lohse (Soz.) mit 394 von insgesamt 420 Stimmen. Auf die Anfrage des Alterspräsidenten erklärte sich der Abgeordnete Lohse bereit, das Amt anzutreten und nimmt den Präsidentschaft ein. Präsident Lohse dankt dem Hause für die große Ehre, die ihm durch die Übertragung des Amtes geworden sei. Die Rechte die der Reichstag durch die neue Verfassung zu wählen habe, werde seine Hauptaufgabe sein. Der Präsident erwähnte sodann die Verdienste Fehrenbachs, der ihm ein leuchtendes Vorbild sein werde.

Das Haus schreitet sodann zur Wahl des ersten Vizepräsidenten. Der Parteiführer gemäß hat hierauf die U. S. V. den Anspruch. Sie hat den Abgeordneten Dittmann aufgestellt. Insgesamt wurden 397 Stimmen abgegeben, wovon auf den Abg. Dittmann 236 Stimmen entfielen. Er ist somit gewählt und nimmt die Wahl an.

Das Haus schreitet zur Wahl des 2. Vizepräsidenten, für den der Abgeordnete Dr. Bell (Zentrum) in Vorschlag gebracht ist. Die Abstimmung ergibt, daß 367 Abgeordnete an der Wahl teilgenommen haben, 358 Stimmen lauteten auf den Abgeordneten Bell, der somit gewählt ist und die Wahl annimmt.

Für den 3. Vizepräsidenten ist der Abgeordnete Dietrich (Deutschnational) in Vorschlag gebracht. In der Wahl haben 348 Abgeordnete teilgenommen. 33 Stimmzettel sind weiß. Der Abg. Dietrich ist somit mit 260 Stimmen gewählt.

Dr. Wahl (Deutsche Volkspartei) schlägt vor, die noch ausstehenden Schriftführerwahlen durch Zuzug zu erlebigen. Diese Wahlen erfolgen nach der bisherigen Art, aber in einem einzigen Wahlgang.

Als Schriftführer werden gewählt: Die Abgg. Schiffer (Soz.), Schuch (Soz.), Frau Hanes (U.S.V.), Dr. Pfeiffer (Zentrum), Walfewitz (Deutsch-National), Komplex (Deutsche Volkspartei), Deuermann (Deutsche Volkspartei), Heile (Demokrat).

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Ledebour (U.S.V.) einen Antrag seiner Partei, die gegen den Abgeordneten Mittwoch verhängte Festungsstrafe aufzuheben.

Der Präsident erklärt das für möglich, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt Überweisung des Antrags Ledebours an die schleunigst zu bildende Geschäftskommission. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag vormittag 11 Uhr. Entgegennahme einer Regierungserklärung, außerdem mehrere Interpellationen. — Schluß 1/2 Uhr.

Seite 8.
großen Defizit
mischen Institut
chischen Hoch-
Eingangskarte-
durch den Hof.
Arzahlung
rmarken.
r rechnet.
nden
s 10-12,
s 10-12,
widop
Ohren-
rungen
Hirschstr.)
417
Freitag, den
Juni 1920,
die dort ein-
marke K 140.
für das Fund.
1781a
Karlsruhe.
halle
sche
und 3-5 Uhr,
n 8-12 Uhr.
Billige Preise.
1782
Karlsruhe.
nschaft
" 8734
arbeiten aller
Art
billigster
ephon 2300.
hirre
gefordert) 3000
nstat
f. Telex. 1421
atur!
Summi-
Spezial-
ed nur
qualität
vorgänge:
Jeder
ang.
30.-
27.-
nstr. 12.
Günstige
Geldgeschäfte
Wiederverkäufer!
fe
4001
1.95
1.95
schäft
kino).

Der Fall der Frau Hamburger.

Ueber den weißen Terror in Ungarn mußte seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft schon des öfteren berichtet werden. Ohne Erfolg: die Herren um Garbai kümmerten sich darum wenig und der weiße Terror blühte weiter. Nun hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Vorschlag über Ungarn verhängt. Die ungarische Regierung aber will der Weltweis machen, daß der Gewerkschaftsbund falsch unterrichtet ist und daß von einem weißen Terror nicht die Rede sein könne. Angesichts dieser Reaktionen ist deshalb der Bericht um so wertvoller, den die britische Arbeiterdelegation, die Ungarn zu Informationszwecken bereiste, jetzt der am Montag in Carborough eröffneten Konferenz der Labour Party vorlegt. Der Bericht umfaßt 59 Absätze die die Zustände in Ungarn an drastischen Beispielen schildern. Wir greifen aus der Fülle dieses Materials einen der jüngeren Fälle des Terrors heraus, den der Frau Hamburger, der den 18. Abschnitt des Berichts umfaßt. Der Bericht lautet wie folgt:

Wir haben diese Dame zweimal verhört, alles in allem mehrere Stunden. In Kelecskés sperre man sie in ein Zimmer, wo viele Offiziere waren. Drei der Offiziere, die Präsidenten bei sich hatten, prügelten Frau Hamburger hart und befehlten ihr, sich zu entleiden. Sie weigerte sich, worauf sie wieder und wieder gefesselt wurde, bis sie endlich nachgab und sich entleidete. Als sie nach war, wurde sie wieder gefesselt; dann wurde ein Befehl gegeben, daß man einen der vier Gefangenen heraufbringen sollte, doch es sollte kein Verwandter der Frau Hamburger sein. Man brachte Bela Neumann, es wurde ihm befohlen, Frau Hamburger zu vergewaltigen. Er weigerte sich mit Verurteilung darauf, daß er ein alter Freund von Herrn und Frau Hamburger sei. Sie schlugen ihn erbarungslos, doch er weigerte sich noch immer. Dann nahmen zwei Offiziere deren Namen unbekannt sind, doch die aus Temesvár kamen, Jangen und rissen Neumann die Zähne aus. Er wurde ohnmächtig und sie begossen ihn mit Wasser. Als er zu sich kam, wurde er gezwungen, sein eigenes Blut aufzulecken. Frau Hamburger wurde zwei- oder dreimal ohnmächtig, doch wurde sie jedesmal durch kalte Wassergrüsse zum Bewußtsein gebracht. Sie sagte, die Offiziere wären nicht betrunken gewesen. Endlich wurde Neumann vor den Augen der Frau Hamburger mit einem Taschenmesser kastriert und dann weggetragen.

Dann holte man einen andern Mann heraus (nicht einen der drei Freunde). Sie entleiden ihn und Frau Hamburger bemerkte, daß er mißhandelt und eines seiner Geschlechtsorgane auf irgend eine Art zermalmt worden war. Auch ihm wurde befohlen, sie zu vergewaltigen. Er war physisch unfähig, es zu tun, aber die Offiziere zwangen ihn, Versuche zu machen. Dann befehlten sie Frau Hamburger, sich nackt auf den heißen Boden zu legen, aber sie stellte so herzerstreuend, daß sie nicht darauf befohlen. Sie hatte sich gerade von ihrer monatlichen Menstruation noch nicht ganz erholt. Trotzdem schennten die Offiziere aus Temesvár gewaltig ihre Peine aus einander, und der eine, der Neumann kastriert hatte, führte den Griff seiner Peitsche in den Körper ein und drückte ihn so, daß sie noch immer an häufigen Wundungen leidet.

Darauf wurde ihr befohlen, sich anzukleiden und man brachte sie zu den anderen dreien zurück. Etwa eine Stunde später führte man sie in einen anderen Raum, wo sich die Offiziere und eine große Anzahl von Soldaten befanden. Vor dieser Menge wurde sie wieder gefesselt und gezwungen, sich zu entleiden. Während die Soldaten sangen, wurde sie unter Peitschenhieben gezwungen, abwechselnd mit Soldaten zu tanzen. Keiner der Soldaten bemahm sich ihr gegenüber. Der Tanz dauerte etwa eine Stunde und dann wurde ihr gestattet, sich wieder anzukleiden.

Sie blieb bis zum 19. April im Gefängnis. Auf ihrem Abgangszettel, den wir gesehen haben, wird Frau Hamburger „hohle Waise“ und „bescheidene“ beschildert. Frau Hamburger ist eine stille, bescheidene und allgemein hochgeachtete Frau und alle, die sie kannten, teilten uns mit, daß ihre moralische Charakter über jedem Zweifel stehe. Sie wurde eine Anklage gegen sie erhoben und es gab nicht einmal den Schein einer Untersuchung. Sie war von Militärpersonen verschleppt, auf infame Weise gefoltert und endlich von den Zivilbehörden freigelassen worden.

Das ist ein Bild weißen Terrors, wie es grauenvoller und unmenschlicher die verdorbenste Phantasie nicht hätte erfinden können. Darf man sich angesichts solcher Fälle, von denen der Frau Hamburger das Furchtbarste darstellt, wundern, wenn der Bericht der englischen Delegation

schließlich zusammenfassend feststellen ließ: „Angesichts der uns vorliegenden Beweise kommen wir zu der Überzeugung, daß es in Ungarn einen Terror gibt, daß die ungarische Regierung ohnmächtig ist, diesen zu verhindern, und daß diese ihrer eigenen Regierungsakte von solcher Härte sind, daß sie den Namen des Terrors verdienen.“ Und darf man sich wundern, wenn schließlich die internationale Welt aufgerufen wird, das Ihre zu tun, um eine Wiederkehr ähnlicher Dinge zu verhindern?

Politische Uebersicht.

Wie die Preise getrieben werden.

Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, welcher Anteil der Preisverobern an der Teuerung ankommt. In einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ stellt Dr. Linde fest, daß auf vielen Gebieten die Preise im Verhältnis zu den Selbstkosten der Produktion ganz übermäßig hinaufgejagt worden sind. Das zeigen die riesigen Gewinne, die in vielen Zweigen der Industrie und des Handels bis in die letzte Zeit hinein erzielt werden konnten. Das zeigt auch die finanzielle Lage der Landwirtschaft, die heute nicht nur geldlich sehr günstig dasteht, sondern sich auch fast durchweg von Grund auf entschulden konnte. Rinner stellt ferner fest, daß die gesamte deutsche Industrie in der letzten Zeit durchaus auf den Grundlag eingeschoren war, aus einem verhältnismäßig geringen Ausgangspunkt verhältnismäßig hohe Gewinne zu erzielen.

An bemerkenswertesten ist jedoch das offene und ehrliche Bekenntnis, das ein Industrieller in seinem an das „Berliner Tageblatt“ gerichteten Briefe ablegt. Darin heißt es: „Der Verdienstumfah muß auf ein normales Niveau zurückgeführt werden. Niemand verkauft heute noch zu seinem Selbstkostenpreis plus 10 bis 25 Prozent Nutzen, sondern jeder nimmt oder nahm den Tagespreis oder den Verkaufspreis und wenn irgend möglich noch wesentlich mehr. Charakteristisch ist meine eigene Geschichte. Im Herbst 1918 begann ich einen Handel mit elektrischen Artikeln. Nach einigen Monaten erbaute ich eine elektrotechnische Fabrik mit 10 bis 12 Arbeiterinnen und laufe wieder etwas später eine kleine Fabrik zur Ergänzung. Mein Kapital betrug anfangs 80.000 Mark. Nach und nach nahm ich etwa 1 Million Mark fremden Kapitals auf. Mein Umsatz in den Monaten März und April betrug 1 bis 1 1/2 Millionen Mark, der Reingewinn in beiden Monaten je 1/2 Million Mark.“

Ist das volkswirtschaftlich gesund? Dabei habe ich die Verbandspreise strikte inne gehalten, obwohl meine Konkurrenz teilweise viel teurer verkaufte. Werden nun diejenigen Händler ausgeschaltet, die gar kein Lager oder höchstens ein solches beim Schieber haben, und werden die Verdienstumfahen in allen Stufen des Produktionsprozesses um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt, so wird manches Produkt im ganzen um vielleicht 50 Prozent billiger.“

Wenn man die Unternehmer und Händler hört, so sind an den hohen Warenpreisen nur die Arbeiter und Angestellten mit ihren „hohen Löhnen“ schuld. Auch ohne das offene Eingeständnis jenes Industriellen ist es ohne weiteres klar, nach dem vor einigen Wochen eintretenden Preissturz mancher Waren um 50 Prozent, damit nur der Beweis erbracht wurde, daß die frühere Preisstöße willkürlich festgesetzt worden war. Soll unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung kommen, so muß bei den Preisverobern angefangen werden. Eine Gefandung war in dieser Hinsicht angebahnt, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die bei den Wahlen geschaffene politische Konstellation ernstlichen Willen zeigen wird, auf dieser Bahn fortzuschreiten.

Sie spotten ihrer selbst.

Die „Freiheit“ wohnt, daß dem deutschen Bürgerthum die obrigkeitliche Vorfellung der Regierung unendlich besser bekommen ist als die Regierungsabteilung aus eigener Kraft; daß deutsche Bürgerthum weit noch nichts mit der parlamentarischen Form der Regierungsabteilung anzufangen.“

Darf man fragen, was die U.S.B. mit der parlamentarischen Form der Regierungsabteilung anzufangen will? Was die Macht der bürgerlichen Parteien und den Reaktionen in die Hand spielen — darin kann doch die Kunst der parlamentarischen Regierungsabteilung für Sozialisten unmöglich bestehen.

Soziale Rundschau.

Eine Tagung der bad. staatl. Fortwarte in Karlsruhe befahte sich kürzlich mit der Besoldungsordnung und der Einrichtung der staatl. Fortwarte in diese. Es wurde allgemein die Erwartung ausgesprochen, daß bei der Revision der neuen

Besoldungsordnung im Herbst d. J. die Wünsche der Fortwarte Berücksichtigung finden mögen.

Die Mannheim-Ludwigshafener Gastwirte für Wiedereröffnung des Trinkgeldes. Eine Versammlung der Wirte in Mannheim fahte einstimmig eine Resolution in der erklärt wird, daß für Nichterwerbsbetriebe, das sind Restaurants, Kaffeehäuser sowie sämtliche mittleren und kleineren Wirtschaftsbetriebe das Bedienungsgeld (Trinkgeld) auch für diejenigen Betriebe, die es bisher teilweise abgeköpft hatten, im Inzreise einer einheitlichen Regelung für die Städte Mannheim und Ludwigshafen ab 1. Juli d. J. unter Fortfall jeglicher Prozente allgemein wieder eingeführt wird.

Die Angestellten im Gastwirtsberwerb werden zu diesem Schritt nach rückwärts der Mannheimer Wirte auch noch etwas zu sagen wissen.

Blinden-Tagung.

Der badische Blindenverein hielt in Freiburg seine 4. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Zahl der Blindenmitglieder in Baden ist auf 400 gestiegen. Im übrigen gehören dem Verein 4490 zahlende Mitglieder, darunter 1421 Gemeinden und 7 Kreise an. Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Blinden wirkte segensreich, doch hatte das Hauptverber der Blinden, die Korbmacherei, unter Rohstoffmangel zu leiden. Der Kassenabschluss ist ein befriedigender, da mehr Einnahmen als Ausgaben vorhanden sind. An Ausgaben für 1920 wurden 37.395,4 in den Koranschlag eingeleitet. Wie auf der Tagung hervorgehoben wurde, ist in Baden sämtlichen Blinden die Karte für ihre Städte erlassen worden. Die Blindenbeschäftigungs- und Besoldungsanstalt zählt zurzeit 24 weibliche und 23 männliche Insassen.

Badischer Landtag.

55. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruher, 26. Juni.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Bödel (Ztr.) stellt Abg. Dr. Kuhn mit, daß in der Elektrizitätsversorgung des Bezirkes Wagnern Störungen eingetreten sind, die von schadhaften Isolatoren und einem beschädigten Transformator beim Burgweil herrühren. Es wird den Störungen nachgegangen und die schadhafte Isolatoren werden ausgewechselt.

Einzelberatung des Unterrichtsbudgets.

Abg. Dr. Kuhn (Soz.) weist beim Titel Unterrichts auf die zahlreichen Verordnungen der Behörden als ordentliche Professoren an die hiesigen Hochschulen hin, ohne daß hiermit eine Paritätische Beziehung der Lehrkräfte mit Behaltungsanfragen erfolgt und daß auch unsere Anschauungen, vor allem auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, zur Geltung kommen. Kommt diese paritätische Beziehung nicht, so kommt die Verberzung der Universitäten wie in Belgien, wo wir katholische, liberale und Arbeiterunberfähigen haben. Bei den Kassenbeamten der Universitäten ist eine größere Gleichmäßigkeit im Einkommen und bei den Redaktionsbeamten notwendig; auch sollten die Kassenunberbeamten nicht geschuldet werden. Bei den holländischen Wätern wird über zu lange Arbeitszeit geklagt; auch sollten die Wäberer in erster Linie berücksichtigt werden. Den Wünschen nach Befristung der Assistenten sollte Rechnung getragen werden. Die Honorarbefreiung der Stuhlerenden an der Freiburger Universität war eine recht dürftige; die Regierung sollte da Maßnahmen aufstellen, daß hier weitergeschieden wird. Eine Befreiung der Wäberermeister wäre es, wenn die Gebühren erhöht würden. Die Vorarbeiten über die Frucht bei den akademischen Feierlichkeiten sollten verschwinden. Diesen alten Jopf sollte man beschneiden. Den Beizen an den Kliniken sollte eine Abweineinrichtung zur Verfügung gestellt werden. Bei den Angestelltenauschüssen sollten sich die verschiedenen Ämtern zusammenfassen.

Minister Hummel erklärt, daß bei der Durchführung der Besoldungsordnung der Mithand der Redaktionsbeamten einzelner Kassenbeamten verschwinden wird. Wegen ungenügender Honorarbefreiung haben wir bis jetzt noch keine Besoldungen bekommen. Bei ihren Beschäftigten kann ich den Universitäten keine Vorschriften machen.

Abg. Dr. Gohlen (Dem.) betont, daß an den Universitäten die Theorien der sozialdemokratischen Partei in den Lehrbüchern in vollem Maße zur Geltung kommen. Dagegen ist eine Befreiung nach der Weltanschauung unmöglich. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Generalordensammer immer noch existiert und Graf Kanti untergeordnet.

Der sozialdemokratische Antrag die Studierenden bei der Immatrikulation auf die republikanische Verfassung hinzuweisen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjef.

Basaroff machte große Augen.

„Mit mir?“

„Ja, mit Ihnen in eigener Beson.“

„Und warum, wenn man fragen darf?“

„Ich könnte Ihnen den Grund mitteilen.“ fuhr Paul Petrovitsch fort. „Aber ich ziehe vor, ihn zu verschweigen. Sie sind mir hier zu viel; ich mag Sie nicht leiden, ich verachte Sie, und wenn Ihnen das noch nicht genug ist...“

Pauls Augen funkelten... Auch Basaroffs Augen begannen plötzlich zu sprühen.

„Sehr schön“, sagte er. „Jede weitere Erklärung ist überflüssig. Sie haben plötzlich den Einfall bekommen, Ihre ritterliche Hige an mir zu erproben. Ich hätte mich weigern können, Ihnen dieses Vergnügen zu verschaffen — indes, sei es drum!“

„Ich bin Ihnen außerordentlich verbunden“, antwortete Paul Petrovitsch. „Ich darf also hoffen, daß Sie meine Herausforderung annehmen, ohne daß ich mich genötigt sehe, zu Zwangsmahregeln meine Zuflucht zu nehmen.“

„Das heißt — ohne Allegorie gesprochen — zu dem Stode da.“ bemerkte Basaroff kalt. „Sie haben vollkommen recht. Sie können es sich durchaus ersparen, mich zu insultieren, was um so vorteilhafter für Sie ist, als das keineswegs ganz ohne Gefahr für Sie wäre. Fahren Sie nur ruhig fort, sich als Gentleman zu betragen... Und ich werde meinerseits Ihre Herausforderung als Gentleman annehmen.“

„Schön“, sagte Paul Petrovitsch und stellte den Stod in die Ecke. „Es erübrigt mir noch, kurz die Bedingungen festzulegen; doch zunächst möchte ich wissen, ob Sie es für notwendig halten, unsre Zuflucht zu nehmen zu der Formalität eines kleinen Streites, der uns als Vorwand meiner Herausforderung dienen könnte.“

„Nein, es ist besser, wir lassen die Formalitäten beiseite.“

„Das ist auch meine Ansicht. Ich denke ebenfalls, es ist unnötig, die eigentliche Ursache unseres Haders zu ergründen. Wir mühen uns nicht leiden. Was braucht mehr?“

„Nichts, was braucht mehr?“ wiederholte Basaroff ironisch.

„Was die Bedingungen des Duells selbst anbelangt, so werden wir, da wir keine Sekundanten haben — denn wo sollten wir welche hernehmen?“

„In der Tat, wo sollten wir sie hernehmen?“

„... So beehre ich mich Ihnen folgenden Vorschlag zu machen: wir duellieren uns morgen früh — sagen wir, gegen sechs Uhr — hinter dem Waldchen, auf Pistolen, auf zehn Schritt Distanz.“

„Auf zehn Schritt, immerhin; wir verachten uns hinlänglich, um uns auf diese Entfernung zu duellieren.“

„Weinetwegen auf acht Schritt“, bemerkte Paul Petrovitsch.

„Auch auf acht Schritt — warum nicht?“

„Es wird zweimal geschossen; und für einen eventuellen Fall steck ich jeder ein Vriefchen in die Tasche, in welchem er sich selbst für den Urheber seines Todes erklärt.“

„Mit dieser Klausel bin ich nicht ganz einverstanden.“ sagte Basaroff. „Wir würden ein wenig in den französischen Roman verfallen; die Sache ist zu unwahrscheinlich.“

„Mag sein. Allein Sie werden mirzugeben, daß es nicht angenehm ist, im Verdacht des Mordes zu stehen?“

„Das gebe ich zu. Aber es gibt ein Mittel, diesen traurigen Verdacht von sich fern zu halten. Sekundanten werden wir nicht haben, aber was hindert uns, einen Zeugen mitzunehmen?“

„Wen denn, wenn man fragen darf?“

„Da ist zum Beispiel der Peter.“

„Das für ein Peter?“

„Der Kammerdiener Ihres Bruders. Er ist ein Mann, der ganz auf der Höhe der heutigen Zivilisation steht, und er wird seine Rolle mit allem für einen solchen Fall notwendigen commo il laut spielen.“

„Mir scheint, Sie scherzen, mein geehrter Herr.“

„Dadurch nicht. Erwägen Sie meinen Vorschlag und

Sie werden finden, daß er nicht nur einfach, sondern auch nützlich ist. Ein Priem kann sich nicht in einem Saal verstecken, und ich übernehme es, Peter auf die Sache in angemessener Weise vorzubereiten und ihn auf das Schlachtfeld mitbringen.“

„Sie fahren noch immer fort zu scherzen“, sagte Paul Petrovitsch und stand auf. „Aber nach der liebenswürdigen Verwilligung, die Sie geben an den Log gelegt, habe ich nicht das Recht, Schwierigkeiten zu machen... Also die Sache ist vollständig geregelt... Apropos haben Sie Pistolen?“

„Wozu sollte ich Pistolen haben, Paul Petrovitsch? Ich bin kein Krieger.“

„In dem Fall biete ich Ihnen die meinen an. Sie können mir aufs Wort glauben, daß ich seit fünf Jahren gar nicht mehr geschossen habe.“

„Das ist eine sehr beruhigende Nachricht.“

Paul Petrovitsch nahm seinen Stod... „Nekt, mein geehrter Herr.“ fuhr er fort, „bleibt mir nur noch übrig, Ihnen zu danken und Sie Ihren gelehrten Beschäftigungen zu überlassen. Ich habe die Ehre mich zu empfehlen.“

„Auf das Vergnügen, Sie wieder zu sehen, mein geehrter Herr“, verbeigte Basaroff, indem er seinen Gast bis an die Türe begleitete.

Paul Petrovitsch entfernte sich, und Basaroff, der an der Tür stehen geblieben war, rief plötzlich aus: „Sol mich der Teufel! Eine schöne, aber sehr dumme Geschichte! Welche Komödie haben wir da gespielt! So tanzen gelehrte Hunde auf den Hinterbeinen!... Ich konnte mich unmöglich weigern... Er hätte mich geschlagen und dann...“ (Basaroff erlebte schon bei dem bloßen Gedanken, sein ganzer Stolz empörte sich.) „Und dann wäre mir nichts andres übrig geblieben, als ihn wie eine Katze zu erdroffeln.“

(Fortsetzung folgt.)

*) Sprichwort: Einn: man kann eine Sache nicht zu lange berücksichtigen.

Gegen die Wohnungsnot! Für die Sozialisierung!

An die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner, Holzarbeiter, Zimmerer, Dachbeder, Glaser, Schlosser und andere baugewerbliche Berufe!

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände sehen mit großer Besorgnis das ständige Wachsen der Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind entweder ganz ohne Wohnung oder müssen sich mit elenden Behelfswohnungen begnügen. In Frankfurt a. M. sind über 30 000, in Berlin über 40 000 Wohnungslöcher vorhanden, für die keine Wohnungen zu beschaffen sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Orten. Die Ueberfüllung der Wohnungen und damit die Gefahr der schwersten gesundheitlichen und sittlichen Schädigung großer Bevölkerungsteile nimmt ständig zu. Nach Schätzungen von Sachkennern fehlen in Deutschland zurzeit **rund eine Million Wohnungen.**

Diese Wohnungen müssen gebaut werden, wenn alle unsere Volksgenossen in einigermaßen menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden sollen. Sie können aber nicht gebaut werden, weil infolge des

Wuchers mit Baustoffen

aller Art die Baustoffen zu wuchseriger Höhe emporgetrieben sind und weil die Mittel zum Wohnungsbau fehlen. In den letzten Jahren haben die Regierungen und Parlamente versucht, die Wohnungsbaufähigkeit durch Gewährung von Baustoffzuschüssen in Gang zu bringen. Die Mittel, die für diese Zweck aufgewendet worden sind, waren vollständig unzureichend. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wären Hunderte von Millionen nötig. Zur Aufbringung dieser Summen haben die Regierungen und Parlamente bis jetzt nicht das Nötige getan. Es besteht die Gefahr, daß die Wohnungsbaufähigkeit in absehbarer Zeit ganz einstellend werden wird, wenn nicht durch das Eingreifen der Volksgemeinschaft die nötigen Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden. Der Rückgang der Bautätigkeit hätte

für die deutschen Bauarbeiter eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit

und eine gewaltige Steigerung des Elends zur Folge, dem auch die Organisation der Bauarbeiter nicht mehr steuern könnte. Auf der andern Seite führte die Einstellung oder die weitere Einschränkung der Bautätigkeit zu einer

massiven Vergrößerung der Wohnungsnot

und zu einer so gewaltigen Steigerung der Mieten, wie sich das wohl heute nur wenige träumen lassen. Den Nutzen davon hätten die Hausbesitzer und Grundrentner, deren Eigentum gewaltig im Werte stiege. Den Schaden aber hätte das gesamte übrige Volk.

Dieser Gefahren gibt es entgegenzuwirken.

Es gilt, das Gewissen der Deutschen für wachzurufen und den Regierungen und Parlamenten den Ernst der Lage mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände, einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, halten es für notwendig,

daß die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft ihre Wünsche an die Regierungen und Parlamente in einer einheitlichen, machtvollen Demonstration zum Ausdruck bringt. Sie rufen deshalb die deutschen Bauarbeiter auf,

am 1. Juli Massenversammlungen in ganz Deutschland

abzuhalten, um dort ihre Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu erheben.

Aber die Förderung der Bautätigkeit und die Beseitigung der Wohnungsnot geht nicht nur die Bauarbeiter an. Auch die Mieter, Siedler, Schrebergärtner, die Mitglieder der Bau-Genossenschaften, Heimstättenvereine usw. sind an dem Vorhandensein genügend guter, billiger und gesunder Wohnungen und somit an der Förderung der Wohnungsbaufähigkeit interessiert. Sie müssen deshalb ihre Forderungen mit der deutschen Bauarbeiterschaft gemeinsam erheben.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Die Beseitigung der Wohnungsnot ist nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmaßnahmen zu erwarten. Solange der Kapitalismus dem Volke im Nacken sitzt, solange Wucherer und Schieber das Volk ausplündern und durch ihr Treiben der Arbeiterschaft die Lust zur Arbeit nehmen, kommt das deutsche Volk nicht aus dem heutigen Elend heraus. Laßt uns deshalb zusammenstehen im Kampfe gegen die Schieber und Wucherer im Baugewerbe! Laßt uns den Kampf gegen die Selbstsucht aufnehmen und laßt und deutlich die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bau- und Wohnungswesens fordern.

Am einzelnen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1. Rückfällige Erfassung des verfügbaren Wohnungsraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechts der Miethäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruchs von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmeverbots an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechts am Boden in die öffentliche Hand. Befreiung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaus zur Hebung unserer Lebensmittelerzeugung.
6. Tarifmäßige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsvereine mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Laubenkolonien und sonstigen Kleingärten für landlose Bauern.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Wir erwarten, daß Ihr alleamt die Versammlungen am 1. Juli besucht und sie zu einer Massenfundation gegen die heutige Wohnungsnot und für die Inangriffnahme der Sozialisierung macht.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände.

Badische Politik.

Die Verhandlungen wegen der Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der vom Landtag eingesetzte Ausschuss legte am 24. ds. Mts. seine Beratungen fort. Zunächst wurde die Frage erörtert, ob für Milch und Butter die Zwangswirtschaft aufgehoben werden kann. Der Ausschuss war mit dem Regierungsvorstand einig, daß mit Rücksicht auf die Versorgung der Kinder, stillenden Mütter, Kranken und Geistes die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden kann. Weiter war der Ausschuss in seiner Mehrheit der Auffassung, daß das Verbot des Handels von Benjaminsäuren usw. aufrecht zu erhalten ist. Die Kontrolle der Milchlieferung durch Milchkontrollen soll im wesentlichen auf die Bezirke beschränkt werden, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen. Es wurde auch die Frage eines etwaigen Abbaues besprochen und was in Zukunft an die Stelle der Zwangswirtschaft gesetzt werden soll.

Hinsichtlich der Bewirtschaftung der tierischen Rohstoffe vertrat der Ausschuss die Ansicht, daß in Konsequenz der Bekämpfung der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches auch hier die Zwangswirtschaft aufgehoben ist.

Bezüglich der Bewirtschaftung der Futtermittel: Meis und Melasse ist der Ausschuss nach Darlegung des Regierungsvorstandes der Auffassung, daß für diese beiden Produkte die Zwangswirtschaft aufrecht zu halten ist. Beide Produkte stehen in engem Zusammenhang mit der Zwangswirtschaft für Getreide und Zucker. Versuchen hingegen soll frei sein. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Reichsfuttermittelstelle aufzuheben. Im neuen Verordnungsverfahren soll die Brotation erhöht und die Ausmaßung des Getreides herabgesetzt werden.

Es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß Meis und Melasse nach dem in Baden vorhandenen Viehstand verteilt werden. Bezüglich des Abbaues von Tobinamburs soll es bei den bestehenden Verordnungen bleiben.

Landwirtschaftskammer und Bauern.

Die Korrespondenz der Landwirtschaftskammer ist mit: In einer von über 1500 Landwirten besuchten Besammlung in der Festhalle zu Rastatt wurde einstimmig nachstehende Resolution gefaßt: Daß durch das neue Landwirtschaftsgesetz die Rechte der einzigen Berufsvertreter keineswegs beschnitten werden dürfen, im Gegenteil, daß diese noch weit mehr Rechte verdienen erhalten soll, als ihr bisher eingeräumt waren. Vor allem soll der Landwirtschaftskammer die Gockierrechte und das landwirtschaftliche Interzessionswesen übertragen werden. Die Landwirte fordern eine arbeitsfähige und lebensfähige Berufsvertretung und verbieten sich jede staatliche Einmischung und Beengung.

Es berührt zunächst eigenartig, daß die Bauern sich nun auf einmal so sehr für ihre Landwirtschaftskammer, das heißt für die gesellschaftliche Tätigkeit und deren Ausbau einsetzen. Bis vor kurzem hand die Landwirtschaftskammer bei den allermeisten Bauern sehr tief im Kurs. Der Zentrumsgewählte Spang hat veranlaßt lediglich im Landtag die Landwirtschaftskammer als eine der größten Schiebergesellschaften, die in Baden bestehen, bezeichnet und soll nun die Meinung außerhalb des Landtages wiederholen, damit er vor den Wählertribunal gestellt werden kann. Vor einiger Zeit noch hätte Herr Spang mit diesem Ausdruck in einer Bauernversammlung fürmischen Weisfall geerntet. Aber die Bauernverbände haben ihre Herren Kollegen

Abg. Dr. Königberger (Soz.) wünscht beim Titel „Höhere Lehranstalten“, daß bei der Beschaffung der Lehrmittelspraktikanten an eine andere Anstalt diesen einige Tage Zeit gelassen wird. Der Staat sollte bei den jungen Beamten die Heiraten wollen, die Bürgerschaft für die Möbel übernehmen; dies sollte die Regierung einmal in Erwägung ziehen. Für die nicht etatmäßigen Beamten sollte die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung durchgeführt werden. An den Mittelschulen sollte die englische Sprache, die Hauptsprache wird, bevorzugt werden.

Abg. Dr. Lefter (Dem.) fragte wegen der Nachrichten auf Aufhebung des Gymnasiums in Donauwörth an. — Abg. Wödel (Ztr.) tritt für das humanistische Gymnasium ein. — Abg. Schell (Ztr.), auf der Tribüne unverständlich, wünscht die Umwandlung der Bürgerdiale in eine Realschule, wobei sich ihm Abg. Niederhöhl (Dem.) anschließt.

Unterrichtminister Hummel will bemerkt sein, daß bei Beschaffungen der Lehrmittelspraktikanten diesen in Zukunft die nötige Zeit gelassen wird. Die Bürgerschaftsübernahme für Möbel geschieht bei den Gemeindefürsorge auf dem Wege der Selbsthilfe, was auch für die Beamten in Frage kommen sollte; das werden wir die Vorschläge des Abg. Königberger in Erwägung ziehen. Die Meldungen über die Aufhebung der Gymnasien in Donauwörth sind auf der Tribüne unverständlich. Der Wunsch auf Erhebung der Realschule in Realschule ist berechtigt und ich hoffe, daß dem Antrag Berücksichtigung zu tun.

Abg. Wödel (Ztr.) fragt beim Kapitel „Lehrerbildungsanstalten“, wie die Regierung dem Lehrerbüro abstellen will.

Minister Hummel: Eine vollständige Ausbildung der männlichen Lehrer bei der weiblichen Jugend, wie sie Abg. Berger in ihrer letzten Rede wünschte, ist nicht angängig. Die zahlreichen unständigen weiblichen Lehrkräfte rühren von deren Einstellung im Kriege her. Eine Verkleinerung der Klassen läßt sich nur in Verbindung mit einer Verringerung des Schulbesuchs durchführen. Die Pensionierung der über 65 Jahre alten Lehrer beruht auf einem Entschluß des Staatsministeriums.

Abg. Großhans (Soz.) wünscht bei Ausbildung der Turnlehrer daß für die Ausbildung der Turner entsprechend gesorgt wird. Besonders sollte bei der Ausbildung der Turnvater für gute Kräfte gesorgt werden. Bei allen die Turnerei und den Sport betreffenden Fragen sollte mit dem Landesauschuss und dem Zentralauschuss gemeinsam gearbeitet werden, was draußen große Verbreitung ausüben würde. — Minister Hummel erklärt alles zur Ausbildung der Turnvater zu tun und in enger Verbindung mit den Organisationen zu sein. Bei der Ernennung von Amtsstellen hat allerdings die Regierung zu entscheiden. — Abg. Wödel (Ztr.) wünscht bei Kapitel „Realschulen“, daß sofort zugegriffen wird, wenn die Jugend Anlauf nimmt. Die Beschreibungen sollten nicht zu sehr ausbauen. — Abg. Stöcker (Soz.) fragt, ob bis zum Herbst von der Oberrealistische Pfortheim eine Realschule abgebaut wird, was Minister Hummel bejaht. — Abg. Niederhöhl (Dem.) äußert zum gewerblichen Unterricht zwei sachliche Wünsche. — Abg. Spengler (Ztr.) fordert Rückmeldung der Gewerbebehörden mit den Mittelschulen. Beim Rückmeldung wird man noch lernen müssen und die Zeit wird uns die Lehren geben, daß wir arbeiten müssen. Abg. Wödel (Ztr.) wünscht, daß im kommenden Winter der Unterricht aufrecht erhalten bleibt.

Abg. Rehn (Soz.) tritt für die Errichtung der Bezirke, deren Erkenntnisse ein. Den anerkennenden Worten für die Gewerbebehörden schreibe ich mich an.

Minister Hummel stellt fest, daß die wissenschaftlichen Leistungen der Jahresberichte der höheren Lehranstalten keinen höheren Wert hatten; wenn wir hier Erfahrungen machten, so verdienen wir den Dank des Hauses (Sehr richtig). Die Frage der Reorganisation des gewerblichen Unterrichtswesens läßt sich noch nicht überblicken, da sie noch zu unklar ist. Notwendig ist ein Wandel über die Einrichtung des Handwerkerstandes, der sozial gleichwertig mit den Gelehrtenberufen sein muß. Entsprechend muß auch das soziale Ansehen der gewerblichen Schulen steigen. Für das was an dem gewerblichen Unterrichtsleben auszuheben ist, ist nicht die jetzige Regierung verantwortlich zu machen. All diese Fragen sollten in der neu zu bildenden Schulkommission behandelt werden. Abgebaut werden mit der übermäßigen Zahl der Ueberlebenden der Gewerbelehre. Die Ausbildung der Gewerbelehre wird auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden, doch wollen wir sehen, wie darin die anderen Länder vorgehen. Auf dem Gebiet der Bezirkegewerbeschulen sind schon lange Vorbereitungen getroffen worden. Die Gewerbelehre muß sich in die differenzierte Einheitschule einfügen.

Abg. Dr. Königberger (Soz.) wünscht eine größere Gleichmäßigkeit der Ueberweisung in die Gewerbeschulen. Neben der fachmäßigen Bildung sollte an den Gewerbeschulen auch die Allgemeinbildung berücksichtigt werden. Der Staat sollte bei den teuren Lebensmitteln helfen eingreifen. Der Vorschlag für die Lehrmittel sollte erfüllt werden. Die Interaktion der Gewerbeschulen sollte befestigt werden. Bedauerlich ist, daß an den Gewerbeschulen kein bestimmter Lehrplan und keine bestimmten Lehrkräfte existieren. Unter den Schulkommissionen sollten die Gewerbelehrer berücksichtigt werden. — Minister Hummel hält eine Teilnahme der Gewerbebehörden an dieser Schulmission nicht für notwendig.

Abg. Dr. Schöfer (Zent.) fragt wegen eines in der „Frankfurter Bg.“ erwähnten Beschlusses der Reichsschulkonferenz über staatliche Aufsicht über den Religionsunterricht an. Wenn diese Dinge aufgefunden werden, dann haben Sie den Schulrat die Aufsicht der Kirche hier nicht ausschalten. Ich kann mir nicht denken, daß hier ein Beschluß der Reichsschulkonferenz vorliegt. Es wäre dies die Grenze des Erträglichen. Der Religionsunterricht muß Sache der Kirche bleiben. Nur so bleibt der religiöse Frieden aufrecht erhalten.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) findet es dankenswert, daß Abg. Schöfer die finsternen Pläne von Berlin aufgedeckt hat. Es genügt völlig, daß sich diejenigen die den Religionsunterricht erteilen, in die Schulordnung einfügen. Wir haben in der Regierung einen Beschützer in dieser Hinsicht.

Minister Hummel dankt für dieses Vertrauen. Der Abg. Dr. Schöfer hat die Aufhebung der „Frankf. Bg.“ zu tragen genommen. Die Reichsschulkonferenz hat keine Beschlüsse gefaßt; es liegen uns Aufzeichnungen vor. Die Schulverwaltungen sind nach wie vor den Einzelausschüssen verantwortlich und die Reichsschulkonferenz kann hier keine Vorschriften machen, wie ich bereits in Berlin im Ausschuss erklärte. Auf dem Gebiet des Religionsunterrichtes sind die Kirchen kompetent und wir haben keine Ursache, den bestehenden Zustand zu ändern.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Was der Minister erklärte, wirkt beruhigend. Aber im Lande war bereits Unruhe durch eingetreten. Auf kulturellem Gebiet kann es keine Unzufriedenheit geben. Hier verlangen wir die Dezentralisation, die Selbstständigkeit der Länder. Nach den Ausführungen des Ministers ist die Dezentralisierung befohlen und ich habe zu seinen Worten volles Vertrauen.

Es folgen Bemerkungen der Abg. Wödel (Zent.), Minister Hummel, Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.), Abg. Wödel (Ztr.).

Abg. Wödel (Ztr.) wendet sich gegen das Fußballspiel. Hier geht es nicht um viel. Wieviel Lebensmittel liegen sich an den Fußballplätzen anpflanzen? Auch die Mädchen jungen jetzt schon an, Fußball zu spielen. An hohen Festtagen sollte das Fußballspielen verboten werden.

Abg. Odenwald (Dem.) äußert Wünsche zur Kunstgewerbeschule Pfortheim.

Karlsruher Landestheater.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt, daß seine Forderung dem Antrag auf Erziehung der 180 000 M. für Vernehmung des Orchesters zurückgeht, nachdem die Regierung diese Forderung zurückgewiesen hat. Da der Vertrag mit dem Theater abgeschlossen ist, läßt sich nichts mehr daran ändern. Somit hätten wir ihn abgelehnt.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. M.) schiebt sich dem Vorredner an.

Abg. Ged (Soz.) weist darauf hin, daß auch früher Staatszuschüsse zum Landestheater bestanden und zwar in Form der Billigkeit durch den Fiskus. Außerdem besteht ein Vertragsverhältnis bis 1924 einen Vertrag zu leisten. Es ist deshalb gegenstandslos an diesem Vertrag Kritik zu üben. Der andere Vertragspartei, die Stadt Karlsruhe, ist bei der Sache hier in Mitleidenschaft gezogen; denn früher war sie nicht zu einer Vertragspflicht verpflichtet, was ihrem Budget gerade in letzter Zeit schwer fällt. Im übrigen muß doch gesagt werden, daß die Ausgaben für Kunstzwecke notwendig sind und solche Anstalten weiterbestehen müssen. Durch die neuerliche Volksstimmung wird das Theater mit höchsten Vorzügen zahlreichen Kreisen zugänglich gemacht. Es ist deshalb nötig, das Theater auf der Höhe zu halten. Es wäre deshalb gewünscht, daß die Forderung für die Vernehmung des Orchesters hätte genehmigt werden können. Es werden auch wieder bessere Zeiten kommen und man muß sehen diese Anstalten in diese hineinverarbeiten.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) weist auf die großen geistlichen Künstler hin, die wie die banischen Schatespeare gleichgesetzt werden. Das Theater ist in erster Linie ein Institut der Stadt Karlsruhe; deshalb muß es diese zahlen.

Abg. Dr. Wödel (Dem.) stellt fest, daß die Reichs-gesetzgebung für den Vertrag aus Landestheater von allen Seiten unangelegentlich ist.

Abg. Ged (Soz.) stellt nochmals fest, daß der Vertrag bis 1924 festgelegt ist, worauf er eingehen müßte, nach dem fortwährend Kritik daran geübt wurde.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Abg. Stöcker (Soz.) äußert Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) und Abg. Karl (D. M.) Wünsche zur Erhaltung kirchlicher Denkmäler.

Der Vorschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird einstimmig genehmigt. Der Schulausschuss wird gebildet. Von sozialdemokratischer Seite gehören ihm an: Mayer-Heidelberg, Strobel, Reichmann, Kraus, Wödel und Königberger.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittags 14 Uhr.

Tagesordnung: Gesetzentwürfe und Interpellationen.

Aus der Partei.

5. Landtagswahlkreis.

In Geldern für den Wahlloos wurden weiter eingeliefert: Helmsheim 195,50 M., Spielberg 2. Rate 69 M., Oeffringens 285 M., Langenfeld 3. Rate 128,50 M., Wolfersheim (Wahlloosmarkt) 50 M., Königsdorf 8. Rate 17,50 M., Aue 3. Rate 71 M., Eselsack 286,40 M., Unterwiesem 300 M., Söllingen 2. Rate 322,80 M., Eggenstein 3. Rate 70 M., Cos 2. Rate 207,45 M., Singen 2. Rate 42 M., Eltsheim 31,50 M., Büchelkorn (Wahlloosmarkt) 100 M., Untingen 2. Rate 244,50 M., Unterarndorf 240 M., Otersdorf 50 M., Niederhöhl 2. Rate 53 M., Gen. Er. Karlsruhe 50 M., Niefern 200 M.

Ein Teil der Orte ist mit der Ueberlieferung der Listen und der Abrechnung noch im Rückstand; ich bitte um sofortige Erledigung. Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

auscheinend in kurzer Zeit zu etwas Besseren belehrt und diese nehmen die vielgeschmähte Landwirtschaftskammer nunmehr energisch in Schutz.

Es entspricht nicht den Interessen der Allgemeinheit und insbesondere auch nicht denen der badischen Landwirte, wenn ihre Berufsvertretung ihre Geschäftsbetriebe noch mehr erweitert und damit eine Monopolstellung einnimmt. Die Verwaltung geschieht in diesem Falle eben nach eigennütigen und bürokratischen Grundzügen. Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften muß der Einkauf, bezw. die Vermittlung landwirtschaftlicher Bedarfsartikel vorbehalten bleiben, ebenso der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, denn diese Genossenschaften arbeiten in uneigennütiger Weise unter sachmännischen Gesichtspunkten. Die für die Förderung der Großtierzucht und des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens nötigen Gelder müssen der Landwirtschaftskammer vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Dann heißt's bei den Herren der Landwirtschaftskammer allerdings „parieren“, und das ist eben bis dato noch nicht so notwendig, weil man noch „seiner“ Obhut fürsorgt, was u. a. mehr, lauter gute Geldquellen, hat. Ihre „Geschäfte“ macht die Landwirtschaftskammer, aber letzten Endes doch nur auf Kosten der Verbraucher.

Nicht etwa, um die Konsumenten mit den Segnungen des freien Handels zu beglücken, sind wir gegen die ausgedehnte Geschäftstätigkeit der Landwirtschaftskammer, denn der freie Handel leitet seine Profite auf Kosten der Verbraucher auf. Nimmerwiedersehen in den Geldsack und tut nichts zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Vielmehr möchten wir, im Interesse der Landwirtschaft, die Tätigkeiten von den landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgeübt werden.

Der Verleumdungselbstzug gegen Dr. S. Kampffmeyer.

Seit Genosse Dr. S. Kampffmeyer seine bekannten Vorschläge für die Sozialisierung des Wohnungswesens bekannt gemacht hat, wird in der Presse und in Versammlungen ungehörig aller Art gegen ihn gehandelt. In der Tat ist er ein Mann, der sich nicht in die Hausbesitzerkreise oder eine Partei der „Kampffmeyerer“ einreihen will, sondern die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. In der Tat ist er ein Mann, der sich nicht in die Hausbesitzerkreise oder eine Partei der „Kampffmeyerer“ einreihen will, sondern die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. In der Tat ist er ein Mann, der sich nicht in die Hausbesitzerkreise oder eine Partei der „Kampffmeyerer“ einreihen will, sondern die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Neuerdings sucht man seine Eide dadurch mit Not zu beweisen, daß man ihn unter dem Stichwort „Unfähigkeit“ oder „Korruption“ in Verbindung mit einem jungen Fräulein im Büro des Hagenbüchsenunternehmens beschäftigten Mädchen nennt, das von der Polizeikommission in Schutzhaft genommen war. Wie Dr. Kampffmeyer in einer Richtigsstellung bekennt, gibt, ist der Sachverhalt der: daß das achtzehnjährige Mädchen, als sein Weggang vom Hagenbüchsenunternehmen feststand, seinen und seiner Frau Rat wegen ihrer Ausbildung im Hausstand in Anspruch nahm. Als dann Dr. Kampffmeyer einige Wochen später erfuhr, daß sie auf die Denunziation eines Mannes hin, der sich dabei von sehr niedrigen persönlichen Motiven treiben ließ, von der Polizeikommission verhaftet worden sei, hatte er es für seine selbstverständliche Pflicht gehalten, sich des jungen Mädchens anzunehmen. Da überdies auf eine Anfrage der Polizei ihr Vater telegraphisch ihre sofortige Freilassung forderte, durfte sie als bald unbeschädigt heimkehren.

Dr. Kampffmeyer hat aus Eitel vor all der Niedrigkeit und Gemeinheit, die der gegen ihn betriebenen Verleumdungselbstzug zugrunde liegt, bisher davon abgesehen die Verleumder zur Rechenschaft zu ziehen. Auf Drängen seiner Freunde, die mit Recht darauf hinweisen, daß ja diese Angriffe letzten Endes nicht seiner Person gelten, sondern der gemeinwirtschaftlichen Arbeit und den sozialistischen Zielen, denen er zu dienen sucht, hat er sich jetzt entschlossen die Sache gegen Gen. Rechtsanwalt Dr. Dieb zu übertragen und gegen die Verleumder gerichtliche Vorzügen. Angaben die dazu geeignet sind Verleumder festzuganzeln mögen unmittelbar an Herrn Dr. Dieb, Karlsruhe gefandt werden.

Nachmals die Offenburger Veteranenjahrestage.

Herr Stadtrat Monich in Offenburg beklagt sich bei uns darüber, daß wir nicht auch von der „Richtigsstellung“ Mitteilung gemacht haben, die angeblich auf den im Offenburger Tagblatt erschienenen und von uns zitierten Wortlaut seiner Rede beim Festakt Bezug nahm. Wir stellen fest, daß zwar noch ein weiterer Bericht im Offenburger Tagblatt über die Festivität erschien, in dem die Äußerungen des Herrn Monich in etwas anderer Form wiedergegeben sind, es ist aber darin mit keinem Wort der Versuch gemacht, den Wortlaut des ersten Berichtes richtigzustellen, wohl aus dem recht naheliegenden Grunde, um

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 13. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Notwendigkeit des Umlebens. Von Heinrich Cunow. — Friedrich Engels in seinen deutschen Jugendjahren. Von A. Conrad. II. (Schluß). — Freie Bahn dem Nachgeborenen! Eine Forderung zur Schulreform. Von G. Busemann (Höbel). — Gleitende Löhne. Von Arthur Seiden. — Das Hamburger Gesetz über die Selbstverwaltung der Schulen. Von Dr. Erich Witte, Oberlehrer. — Literarische Rundschau: A. Pollak, Volkervertreter. Von G. Rehlinger, Felix Kollaender, Salomons Schwiegerdichter. Von H.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 9.75 M das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 75 P. — Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Die Gewerkschaftsbewegung“ von Dr. E. Rehrig. Verlag von Ernst Reinhold Moritz (Nah. Franz Mittelbach), Stuttgart, 1. Band 438 Seiten stark, broschiert 14 M., gebunden 18 M. — Endlich eine grundlegende umfassende Darstellung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der Verfasser hat sich mit seiner Geschichte der Gewerkschaften ein hohes Verdienst um die Arbeiterbewegung erworben. In diesem Urteil berechtigt schon das Studium des 1. Bandes, der als eine wertvolle Vereinerung unserer sozialpolitischen Literatur bezeichnet werden darf. Sachlich, objektiv und doch nicht kritiklos schildert der Verfasser den Verdegang der Gewerkschaften von ihren Anfangsstudien bis zum Ausbruch der Revolution. Von da beginnt ein neuer Abschnitt der Geschichte dieser mächtigen Arbeiterverbände. Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften werden

den Verfasser deselben nicht zum Widerspruch zu reizen. Mit der also gehobenen „Richtigsstellung“ ist es daher nichts. — Webrigens hat auch die Mannheim-er Tribune den Offenburger Festakt behandelt und zwar mit viel Spott und Hohn; nur verpaß sie dabei die Rolle zu erwähnen, die ihr unabhängiger Parteifreund bei demselben übernommen und in so glänzender Weise durchgeführt hat.

Zu den Angriffen auf die Siedelungs- und Landbank. In den gegen die Badische Siedelungs- und Landbank erhobenen Angriffen wir ihr auch der Vorwurf gemacht, daß sie 2 Häuser erworben habe. Diese Anschuldigung zeigt deutlich, daß das ganze Sturmlaufen gegen die Bank nur von Interessengruppen in Szene gesetzt ist, denn es sind die Gütervermittler, die durch die gemeinnützige Gütervermittlung der Siedelungs- und Landbank sich in ihren hohen Provisionen geschädigt und beeinträchtigt sehen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Siedelungs- und Landbank seit ihrem Bestehen weder in Karlsruhe, noch in Freiburg Häuser erworben hat. Der Angriff beschäftigt sich mit 2 Anwesen, die ein früherer Angestellter der Bank, der seit Monaten nicht mehr im Dienste der Bank steht, mit seinem eigenen Kapital gekauft hat und um ein Anwesen in Freiburg, das eine Gesellschaft in Freiburg erworben. Es müssen also auch diese Angriffe als tendenziös mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Kartoffel zur Stärkesubstitution. In der unter vorstehender Ueberschrift in unserer Nr. 141 gebrachten Notiz wird uns vom Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftl. Vereinigungen geschrieben: Die 2 Wagen Kartoffeln, um die es sich handelt, wurden tatsächlich von uns an die Stärkesubstitut in Strich verfrachtet. Es handelt sich aber hier nicht um badische Kartoffeln, sondern um Kartoffeln, die wir im Interesse der Volksernährung dank unserer Beziehungen, aus Polen nach Deutschland für die badische Regierung resp. Badische Landesartoffelstelle eingeführt haben. Die Sendung kam aber leider reichlich spät an, schon aus dem Grunde, weil die ganze Aktion erst Ende April in die Wege geleitet wurde. Zurzeit des Eintreffens dieser Kartoffeln kamen auch belangreiche Mengen aus Holland und aus der Schweiz herein und nachdem die Saatzeit bei uns in Baden beendet war, suchten auch die Landwirte ihre noch verfügbaren Mengen abzugeben. Die Folge war, daß die Kommunalerbände wider Erwarten reich mit Kartoffeln überflutet und solche nicht mehr unterzubringen waren. Alle Bemühungen bei den Kommunalerbänden und im Verein mit diesen, die Kartoffeln bei uns in Baden bestmöglichst zu verwerten, hatten keinen Erfolg und die Abwendung an eine Stelle für die dortige Verarbeitung war noch die lohnendste Rettung. Wir wurden bei erwünschter Sitzung im badischen Ministerium beauftragt, die Kartoffeln bestmöglichst zu verwerten und in Erledigung dieses Auftrages gingen die Kartoffeln an die genannte Stärkesubstitut.

Unsere Bemerkungen richteten sich keineswegs gegen die Genossenschaft badischer landwirtschaftl. Vereinigungen, sondern ausschließlich gegen die Bayern, die in idiosyncratischer Weise ihre Kartoffel letztes Jahr zurückgehalten haben, um im Sommer einen höheren Gewinn herauszuschlagen. In obiger Richtigsstellung heißt es, daß auch die Landwirte ihre noch verfügbaren Mengen abzugeben „lustig“ sind; es ist dies etwas vorzüglich ausgedrückt, im Grunde sagt es aber das, was wir auch festgehalten haben, es liegt also für uns kein Anlaß vor, unsere Bemerkungen gegen die Bauern die wie angegeben, handelten, zurückzunehmen.

Kleine Nachrichten.

Berlin. In der Stadtberechnungsversammlung wurde ein Antrag Wehl (U.S.) angenommen, den Magistrat zu ersuchen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um familiäre im Interesse der Stadtgemeinde auszuführende Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen und dem Ausbau des Ansehensamtes näher zu treten.

Mün. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlandschiffahrtsgesellschaft die schenprozentigen Lohnabzug genehmigt habe.

Essen, 25. Juni. Der Ausbruch der städtischen Arbeiter ist beendet. Die Arbeiter wurde allenfalls wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben die in dem Ultimatum gestellten Bedingungen wieder fallen lassen. Sie erhalten dafür einen rückzahlbaren Vorschuß.

Stettin. Der Landarbeiterkreis im Regierungsbezirk Stettin umfasst, dem „Generalanzeiger“ zufolge, bis jetzt ungefähr 150-200 Güter, davon im Kreis Stolp 100 Güter. Seit vorgestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergegriffen. Minderungsversuche sind in den Kreisen Stolp und Schwie vorgenommen.

Danzig, 25. Juni. Seit gestern befinden sich die Hafensarbeiter in Ausstande. Die Ursache soll in der Verhaftung zweier Arbeiter, die im Hafen geholt haben sollen, durch die Sicherheitspolizei liegen. Die Arbeiter haben die Zurückziehung der Sicherheitspolizei aus dem Hafen verlangt, was von der Behörde abgelehnt wurde.

Wien, 25. Juni. Nach der „Frager Abendzeitung“ tritt heute das ganze Oesterreich als Protest gegen die kaiserliche Kriegsanleihe in einen einseitigen Generalstreik. Sollte dieser auf die Regierung die gewünschte Wirkung nicht ausüben, so würde in ganz Deutsch-Böhmen der Generalstreik erklärt werden.

den in der Republik nach den Erschütterungen des Reiches durch den Weltkrieg umfassender und schwieriger als in den alten verfallenen monarchischen Staaten. Bei der Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens, bei der Sozialisierung der hierfür rufen Unternehmungen, werden die Gewerkschaften die leitenden und treibenden Kräfte stellen müssen. Dann erst wird man die hohe wirtschaftliche und sittliche Bedeutung dieser Organisationsaufgaben würdigen lernen. Für diese Aufgaben die Arbeiter zu Schulen ist jetzt die vornehmste Pflicht. Jede Anleitung theoretischer oder technischer Art, die diesem Ziele dient, ist von unschätzbarem Wert. Prüfen wir unter diesem Gesichtspunkt die sozialistische Literatur der Neuzeit, so darf man feststellen, daß die Gewerkschaftsbewegung an erste Stelle rückt. Wir sehen denn erscheinen des 2. Bandes mit großem Interesse entgegen.

Was muß der Beamte vom Besoldungsgesetz wissen? Unter diesem Titel gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, aus der Feder des Genossen Willi Stein-Topp, Volkstaktar, Mitglied der Nationalversammlung, eine Schrift heraus, die der allergrößten Beachtung wert ist. In bis aufs Feinste eingehender Weise wird hier die Entstehung des Besoldungsgesetzes vom ersten Regierungsentwurf über die Kommissionsberatungen bis zur Verhandlung im Plenum und damit dem Zustandekommen des Gesetzes überhaupt geschildert. Außerordentlich wertvolle Aufschlüsse über die treibenden Kräfte, die am Auf- und Ausbau dieses Gesetzes arbeiteten, werden gegeben und insbesondere die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion eingehend behandelt. Am Schluß der umfangreichen Schrift wird dann der erste Regierungsentwurf dem fertigen Gesetz gegenübergestellt. Jeder Beamte, der nicht nur bequem und schnell das mitzuteilen, was ihm an dem Gesetz befehrt wird in den Arm packt, sondern mitteilend und arbeitend die Entwicklung vorwärts zu treiben sucht, wird sich diese Schrift zu legen müssen. Der Preis ist 2 M. pro Exemplar.

Jugend und Sport.

Das 23jährige Stiftungsfest des Turnvereins Aue bei Durlach, das am morgigen Sonntag stattfindet, verspricht nach dem Programm zu schließen, ein schönes Turner- und Arbeiterfest zu werden. Bekanntlich ist mit der Feier noch das 20jährige Bestehen der Sängerabteilung des Vereins verbunden. — Samstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, Bankett im Gasthaus zum „Sternen“. — Sonntag, den 27. Juni, 7 Uhr morgens: Bedruff. 8 Uhr: Turn- und Kassenfeier. 11 Uhr: Frühchoppen-Konzert auf dem Festplatz. 2 Uhr nachmittags: Festzug. Anschließend Festrede des Turn- und Sangesgenossen Buttle aus Leipzig. Hierauf Gesamtkonzert aller beteiligten Gesangsvereine (Festgesang). 4 Uhr: Fortsetzung der Turn- und Kassenfeier. Gesang und Musikvortrage. Für die Arbeiter-Turner und -Sänger, sowie für die Arbeiterchaft muß die Lösung sein: Auf nach Aue!

Haukballspiele in Ettlingen.

Am Sonntag, 27. Juni, morgens 8 Uhr, treffen sich in Ettlingen am Haus der Gruppe Karlsruhe Abtlg. 1 zu den Haukballspielen. Es spielen Ettlingen, Müppert, Mühlheim, Gagsfeld, Viehohlmühl. Der übernächste Spieltag für alle Vereine der Gruppe Karlsruhe Abtlg. 1, findet am 11. Juli in Gagsfeld statt. Die bis jetzt erzielten Resultate der Turnspiele sind aus dem Kreismitteilungsblatt, das am 1. Juli erscheint, ersichtlich. Der Bezirkspielleiter.

Aus dem Lande.

a. Obergrombach, 24. Juni. Eine unerhörte Verleumdung der Sozialdemokratie leitete sich der Bürgermeister Keller von hier in einer Gerichtsverhandlung in Bruchsal. Herr Keller war als Zeuge geladen und gab auf die Frage des Rechtsanwalts des Angeklagten über den Leumund des Klägers folgende Antwort: Der Kläger heißt im Orte „Nichtschick-Süß“, das soll heißen, daß er ein Sozialdemokrat ist, und daß man ihm kein Wort glauben kann“. Es wird Sache unserer Genossen sein, mit ihrem Bürgermeister wegen dieser gemeinen Verleumdung ein ernstes Wort zu reden. Wir unterziehen uns weihen die Verleumdung unserer Partei auf das entsetzteste zurück. Die kommt dieser Mann dazu, die Millionen Anhänger einer Partei als ungläubig zu bezeichnen. Gibt es nicht auch in seiner Partei Kläger und unerhörte Leute? Ist deshalb seine ganze Partei eine Klägerpartei? Solche Verleumdungen kann sich nur ein verhöhrter Kanaker leisten, dem der Kopf jeden Sinn für Gerechtigkeit und hares Urteil genommen hat.

n. Giesheim, 23. Juni. Zu der von uns am letzten Samstag gebrachten Meldung über einen Vorfall, der sich zwischen Herrn Mann jr. und dem Rathgeber Thielber zutrug, wird uns mitgeteilt, daß die Angaben nicht in allen Punkten richtig sind. Wohl fand eine Auseinandersetzung zwischen beiden statt, jedoch nicht wegen der Ausstellung eines Schrot- und Pulverschusses, sondern nur im Verlaufe einer Gefälligkeitsausrichtung des jungen Herrn Mann für seinen Vater, wobei Herr Thielber schon beleidigende Ausdrücke gegen Herrn Mann jr. geäußert, worüber Herr Mann jr., der auch Kriegsbeschädigter ist, in gereizter Aufregung getrie und sich allerdings zu Tätlichkeiten hinreißen ließ. Die Schuld scheint also auf beiden Seiten zu liegen.

Seibersberg, 25. Juni. Zur Gründung eines Instituts zur Erforschung der Einseitigkeit ist der Universität Heidelberg von Fritz Wehringer in Heidelberg eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt worden. Die neue Forschungsanstalt ist zunächst an das physiologische Institut der Universität Heidelberg angehängt. Nach dem Willen des Stifters ist die Leitung des Geh. Rats Prof. Dr. Albrecht Reiss unterstellt, von dem die Anregung zur Gründung ausgegangen ist.

Tobinsau, 23. Juni. Auch hier, wo sich besonders viele Berliner „Kardäner“ aufhalten und durch unfinnige Samstagspreise (ein Liter Milch 4 M.) alle Lebensmittel wachlos verteuern, soll endlich Abhilfe geschaffen werden. Vorige Woche kam der Bezirksrat von St. Wajzen dorthin, um die „Kranken“ nachsander auf ihre Kurbedürftigkeit hin zu untersuchen. Ein überraschend großer Prozentsatz soll dabei K.W. geschrieben worden sein und jetzt den Befehl zum „Abladen“ erhalten.

Durlach.

Aus dem Gemeinderat. Die Regelung der Schmutz- und Abfallabfuhr soll durch die Angelegenheit in Karlsruhe geregelt ist. Die von der Stadt angekauft untere Turmbergwirtschaft soll an die leitende Bestreuerin Frau Moos auf die Dauer von fünf Jahren um den Preis von 4000 M. verpachtet werden. Die obere Turmbergwirtschaft soll als Kin-derheim eingerichtet werden für 25 Kinder. Der Kosten- aufwand beträgt etwa 12000 M. — Die Bedenkenarbeiten der Schlosskammer sollen, nachdem eine Einigung mit der Wehrer- einigung nicht zustande kam, öffentlich vergeben werden. Die beiden Verlaufsarbeiten des Herrn Bösch auf dem Turmberg sollen gekauft und abgebrochen werden. — Befolgung der Ordnung der städtischen Beamten. Die Beamten sind in 18 Gruppen eingeteilt worden. Die ganze Vorlage wird der im Frühjahr eingelegten Kommission übergeben. — Der Minderheitsrat für die Notstandsarbeiten soll erneut angefordert werden. — Die Anwaltschaft des Herrn Selter werden weiter gestundet, da der Platz noch nicht überbaut ist. Die Pläne zur Überbauung der Paulstraße, der St. Wajzenstraße und der Kirchstraße sind zurückgezogen. Der 1. Preis wurde Herrn Oberbaumeister Unger, der 2. Preis Architekt Dinkel zuerkannt. Zum Ankauf werden empfohlen die Entwürfe der Herren Kaufmann Dinkel und Wühl. — Die Einmündung des Vereins zum Abhaltung der Kirchweih am 11. und 12. August soll unterstützt werden. — Von der Erhebung einer Fremdensteuer soll vorläufig Abstand genommen werden bis Verhandlungen anderer Städte vorliegen. — Die Stadt Mannheim, die durch Hochwasser schwer geschädigt ist, soll einen Beitrag von 2000 M. aus städtischen Mitteln erhalten. — Die Listen für auswärtige Arbeiten sollen auf 45 M. festgesetzt werden, 30 M. Nebenarbeiten festgesetzt werden. — Als Stellvertreter des Herrn Reichsleiters, der in Urlaub geht, soll Herr Kammer bestellt werden. — Ein Besuch der Firma Etlinger um Stundung der Mängel wird abgelehnt. — Der Rint-heimer Freizeitsport ist nun der Stadtverwaltung zurückgegeben worden, ebenso der Schießstand. — Der Lehrgänger Schwander soll als städtischer Arbeiter eingestellt werden. — Es liegt ein Antrag vor, für das Angeln im Weimere. Es sollen Karten ausgeben werden zu 50 M. — Das Gewerkschafts- kartell erhebt zum Ausbau der Sprechstunden des Arbeiter- sekretariats um einen städtischen Zuschuß. Es soll ein entsprechender Beitrag im Vorauszahlung einstellt werden, wenn der vom Arbeitersekretariat eingeholt Bericht eingegangen und daraus ersichtlich ist, daß es eine Einrichtung ist, die öffentlichen Charakter trägt. — Für den Monat Juli soll 1 Pfund Zucker ausgeben werden; ob die feststehenden 100 Gramm noch nachgegeben werden können, ist fraglich. Es sollen diese Rote 200 Gramm fest- gesetzt ausgegeben werden. — Hier sind für 50000 M. aneufant werden, um die Krankenversicherung herzugeben. Inhabendem werden 150 Mr. Gewerkschaft aneufant. Für die Kartoffel- vorerzeugung für die neue Ernte wird von der Stadt eine Be- ferne von 2000 Mr. bestellt. — Für den städtischen Stall werden 8 Kühe für 70000 M. gekauft. Es sollen noch weitere Kühe ane- schaft werden, um die Milchabfuhr zu befördern. Die Regelung der Milchabgabe soll sobald als möglich erfolgen. Die Brot- vorerzeugung ist sichergestellt.

Zu der Angelegenheit der Siebelungs- und Landbau wird von einem Landtagsabgeordneten mitgeteilt, daß unsere Verfassungsausschüsse mitgeteilt, daß Minister Müller habe im Ausschusse und Direktor Westerer von der Siebelungsban seit längerer Zeit erkrankt seien. Der Leiter des Jagenschießunternehmens sei beurlaubt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 25. Juni.
Seine Sorge.

Der Morgenwind blies, und der Tag war schön. Wir wanderten trotz übermaliger Hölle. In Radeln die Mannsleute, die Pärchen allein. Am Hüchlein das Zeichen vom Schwarzmalbetein. Der Ausack drückte und gab ein Gellire. Von Thermo- und Aluminiumgefäßen. Den Nisthut und Gram verführte der Lenz. Und den Astendianfel der Residenz. Der Berg und des Waldes schmeine Bracht. Hat alle zufrieden und frei gemacht. So schritten wir frisch durch den blühenden Mai. Ein Brautpaar war auch dabei. Und als wir ihnen durchs Gertelbachtal. Den Damen dünkte es Zeit für das Maß. Am Wegrand ein Wirtshaus, bescheiden und arm. Da fielen wir ein wie ein Bienenschwarm. Wir aßen der Wittin Bier und Speck. Und tranken und wichen nicht mehr vom Fleck. Und sangen und lachten aus Herzensgrund. Und hockten zusammen wohl an die drei Stund. Der einzig Verdrückte aus der Schar. Der wichtige Postausheber war. Er schürfte kritisch den blumigen Wein. Und schaute beengt und griesgrämig drein. „Ihr Wohl, Herr Nachbar! Ei ei, welch Gefähr! Wo seht's? Welam Euch der Jubel nicht?“ — „Wohl“, sprach er, „das Essen war reichlich und gut. Und der Cleverer freit mir wie Feuer im Blut. „Jedoch“ — hier rufte er auf dem Gesicht. — „Ist dieses Lokal denn auch frapdegemäß?“ Ferdinand Madlinger.

Der Käuferstreik zur Vereinfachung annehmbarer Obstpreise hat begonnen.

Dem Aufruf des Karlsruher Hausfrauenbundes, des Gewerkschaftsvereins und anderer Organisationen, solange keinen Obst- und besonders Kirscheneinkauf zu vollziehen, bis die Preise zur Erträglichkeit heruntergegangen sind, sind auf den getriggen Märkten viele Konsumenten gefolgt. Andere jedoch, und zwar nicht in geringer Zahl, scherten sich einen Teufel um die Aufforderung und fielen durch ihren Streikbruch sich selbst, ihrer Familie und sämtlichen Mitglieder in den Rücken. Und diese Frauen, die dies taten, stammten nicht alle aus „besseren“ Kreisen, sondern wir sprechen es offen aus, es waren auch sehr viele Frauen der minderbemittelten Klasse, die trotz Warnung auf den getriggen Märkten Kirsch zum Preise von 2,50, 2,20, 2, 1,90 Mk. kauften. Es waren Frauen dabei, die sich ihrer „Selbstentt“ noch brüsteten. Wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß diese Sorte von Frauen dem politischen Leben sehr wenig Beachtung schenken und diese eingelebte Indifferenz und Gleichgültigkeit auch wirtschaftlichen Fragen gegenüber an den Tag legen. Dabei können diese Leute aber nicht genug über die Regierung, Kommunalverband usw. schimpfen, selbst aber zur Verbesserung der Lage mitzuhelfen, dazu reicht es bei ihnen nicht aus, dafür haben sie kein Verständnis. Da muß eben der Mann eingreifen, die Frau über das Wertverhältnis ihres Mannes, über die Schädigung ihrer Familie und der Nebenmenschen aufklären. Denn welcher Arbeiter und Beamte will sich den schweren Vorwurf machen lassen, daß seine Frau eine Streikbrecherin ist? Deshalb läßt erre Frauen auf, damit sie von derselben Solidarität befreit werden, mit welcher die organisierte Arbeiterschaft Erfolg um Erfolg einheimen konnte.

Auf den Märkten kam es öfters zu erregten Auftritten wegen der hohen Preise für Kirsch, Seidel, Johannisbeeren usw.

Auch das Gemüße läßt im Preise zu wünschen übrig, so verlangte eine Frau auf dem Herdermarkt für ein Pfund Bohnen den Wucherpreis von 4 Mk. Wenn angehöre solcher Bewunderer einmal der Erregung in nicht gewöhnlicher Weise Luft gemacht wird, so braucht man sich darüber nicht zu wundern. Daß die Kirsch auch billiger gegeben werden können, zeigte in lobenswerter Weise ein Händler aus Mühlburg auf dem Baumwollmarkt, welcher das Pfund für 1,40 Mark absetzte. In den Hausfrauen, aber auch an den Männern und nicht zuletzt an den ledigen Personen liegt es, Selbstdisziplin zu üben, für sich und die übrigen Konsumenten ein schickendes Dach zu bauen und sich vor Bewunderung zu schützen, indem sie kein Obst einzukaufen. Es muß gehen, die Kirschenernte ist noch nicht zu Ende, es gibt noch Kirsch genug. Durch Selbstdisziplin im Einkauf schließt sich der Käufer am besten. Selbst viele von anderen Städten beweisen, daß Selbstdisziplin der Konsumenten geradezu Wunder wirken kann. So wird berichtet, daß z. B. in Breslau in ganz kurzer Zeit der Kirschpreis auf 90 Ws. gesunken ist. Darum beklagt auch am Streik des Nicht-einkaufens, bis die Preise erträglich sind.

Wie wir gestern berichten konnten, wollen die Pfälzer Eisenbahner passive Resistenz in der Obsterzeugung solange üben, bis die Preise heruntergegangen sind.

Es ist dies ein Mittel, das auch anderwärts angewandt werden könnte und seine Wirkung gewiß nicht verfehlen wird, insbesondere wenn es dann angewandt wird, wenn die nichtverkauften Kirsch wieder an ihren Herkunftsort transportiert werden sollten, also zum Rücktransport bestimmt sind. Ganz in dem Sinne sollte auch bei den Eisenbahnen der Brennpunkt eingeführt werden, damit auch von hier aus ein Druck zur Verbilligung ausgeübt wird.

Der weiche Terror der Sozialistischen Republik.

Zu dem Alarmartikel der „Soz. Republik“ mit der Überschrift: „Was geht in Karlsruhe vor?“ schreibe ich uns ein Genosse, der im Lager der I.S.P. Weidlich heißt:

Der U.S.-Redakteur aus Braunsweig steht in Baden überal reaktionäre Gespenster. Von den politischen Verhältnissen unseres Landes hat er keine Ahnung und deswegen schreut er darauf los, daß es zum Einsturz ausgehen ist. Die verkehrte Abbildung der Schöpfung aus den Gedanken und Maschinenengerechten, welche sich in den Eisenbahnhauptstellen befinden, gibt ihm in der getriggen Nummer die gewünschte Gelegenheit, sich als Retter des Vaterlandes vor Putschgefahr

ren aufs neue aufzuspielen. Das Ministerium des Innern hat bekanntlich ausdrücklich festgestellt, daß es die Einziehung der Schöpfung auf Grund des Friedensvertrages vornehmen muß, weil die Einwohnerwehren aufgelöst sind. Das betrifft nicht nur die Eisenbahnhauptstellen, sondern alle hiesigen Waffenlager. Daran kann der junge Springinsfeld der Soz. Republik auch nicht ein Jota ändern. Trotzdem magt er es, in fetter Schrift folgendes zu schreiben:

Daher nochmals Arbeiter, seid auf der Hut, denkt an den weichen Terror, den Euch sicher die Reaktionäre bereiten werden, sobald Ihr waffenlos seid. Ihr halt die Pflicht, die Revolution und ihre Errungenschaften gegen alle Antriebe von monarchistischen und großkapitalistischen Seite zu schützen.

Das ist die Demagogie auf die Spitze getrieben. Gegen die Entente und ihre militärischen Gewalttaten weiß dieser Braunschwiger „Politiker“ nicht ein Wort zu sagen; dagegen puscht er die Arbeiter auf, gegen die Infanterien, welche in Baden die unangenehme Aufgabe obliegt, die Einwohnerwehren aufzulösen, mit allen Mitteln der Obstruktion zu arbeiten. Das ist eine Gemeinlosigkeit, die kaum überboten werden kann. Wenn heute eine unabhängige Regierung am Ruder wäre, müßte sie den Forderungen der Entente ebenbürtig nachkommen, wie die jetzige badische Regierung. Aber das kümmert die journalistischen Heiden der „Republik“ nicht; sie haben ja bei der Reichstagswahl dafür gesorgt, daß die Entente noch dreifach wie bisher auftreten kann. Diesen weichen Terror der Entente sehen aber die I.S.P.-Leute nicht; für sie handelt es sich nur darum, der badischen Koalitionsregierung Krügel zwischen die Beine zu werfen und die gegenwärtig herrschende politische Bewirung noch zu vergrößern. Das letzte Ende der Arbeiter den Schanden hat, indem das Ausland uns gegenüber auf seinem alten Mißtrauen beharrt, unsere Saluta nicht zur Verbesserung gelangen läßt und die Wohlfahrt, die wir recht notwendig brauchen, uns vorenthält, das sieht der Braunschwiger U.S.P.-Mann nicht ein. Es ist ein Jammer, daß solche unfähigen Tröpfe an der badischen Politik herumfuchseln können.

Steuerabzug!

Die Leitung des Ortsausschusses Karlsruhe des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe hat sich mit dem durch Gesetz angeordneten Steuerabzug, der nun überall in den Betrieben gemacht wird, eingehend befaßt. Schon vor Wochen hat der Ortsausschuß Karlsruhe sich an den deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin mit dem Ersuchen gewandt, mit allem Nachdruck die Bedenken über die Höhe von 10 Prozent Abgabe aus dem Verdienst in Berlin beim Reichsfinanzministerium zum Vortrage zu bringen und zu verlangen, daß Einkommen bis 15000 M nur mit 5 Prozent Steuer belegt werden. Dieser Forderung wurde nicht Rechnung getragen. Es ist ja jedermann verständlich, daß für manche Familie dieser Abzug äußerst schmerzhaft, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß viele Arbeiter zur Zeit schon verheiratet sind. Für diese Arbeiterfamilien bedeutet dies eine schwere Schädigung. Es muß daher verlangt werden, daß allen den Arbeitern, die verheiratet sind, eine niedere Prozentzahl am Lohn abgezogen wird. Wenn der Verdienst von 5, 4, und noch weniger Arbeitstagen, für 7 Tage zur Erhöhung der Familie langen soll, so dürfen in jenen Fällen umgehend noch 10 Prozent abgezogen werden. Die Sachverhaltung hat ebenfalls unter heutigen einflussreichen Anträge an das bad. Finanzministerium gerichtet und ein energisches Eintreten unserer Regierung für diese Forderung bei der Reichsregierung in Berlin verlangt. Wesentlich hat auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion in badischen Landtag einen Antrag auf Befreiung der Familien des zehnprozentigen Steuerabzugs eingekommen und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zwei Fraktionsmitglieder beauftragt, die Steuerfrage, besonders die Einkommensteuerfrage eingehend zu prüfen und Vorschläge ausgearbeitet, nach denen die Härten beim Steuerabzug behoben werden können. (Die Red.)

Die Aufgaben des neuen Reichstages und die auswärtige Politik.

Auf Einladung der Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Friedensgesellschaft sprach am Donnerstagabend in einer sehr gut besuchten Versammlung im Saal 3 der Brauerei Schrempf der bekannte Vorkämpfer für den Friedensgedanken, Prof. Dr. Ludde die Münden.

Der Redner räumte zunächst auf mit der irdigen Auffassung über die Ziele und Aufgaben der sozialistischen Bewegung. Die Überwindung des Krieges durch Schaffung von Einrichtungen, die den Krieg als Entschädigung über Völkerverträge überflüssig machen, eine Änderung der Meinung der Völker in dieser Beziehung, betrachtet der Redner als sein Ziel. Die gewaltlose Schlichtung von Streitigkeiten unter den Völkern, aber auch innerhalb der Reichen des eigenen Volkes. Die Friedensgesellschaft sei parteipolitisch völlig neutral, vor dem Kriege habe sie in der Hauptsache als Mitglieder der bürgerlichen Demokratie bestanden, während des Krieges und nach demselben haben sich ihr Sozialisten aus beiden Lagern angeschlossen. Daß der Krieg eine Barbarei ist, braucht nach diesem Weltkrieg nicht mehr bewiesen zu werden, führte Prof. Dr. Ludde aus. Man sage nicht, daß das, was wir heute sehen, Folgen der Revolution seien, das sind Folgen des Krieges. Die Ausbeutung der öffentlichen Mittel habe nicht mit der Revolution, sondern während des Krieges (Kriegslohnarbeiten) eingesetzt, und was man so aus dem Erzbergerprozeß habe entnehmen können, das habe ja auch noch im kaiserlichen Deutschland gespielt.

Der Krieg hat das Wirtschaftsleben aus den Fugen gebracht, Symptome dafür sind das Valutaelend bei uns, der Valutawirrwarr in den übrigen Ländern. Das moderne Wirtschaftsleben vertritt den Krieg nicht mehr und wenn es noch einmal eine solche Erschütterung erleben sollte, werden wir den Untergang des Abendlandes erleben. Alle wichtigen Aufgaben, die unseres Parlamentes barren, werden übertrag von den beiden: Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens und Revision des Friedensvertrages von Versailles. Zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im deutschen Volkswirtschaft brauchen wir Lebensmittel, Nahrungsmittel und Rohstoffe. Wir können nur zahlen mit den Produkten deutscher Arbeit. Heute reicht die deutsche Arbeit als Zahlungsmittel nicht aus und wir zahlen heute außerdem dadurch, daß wir alten deutschen Besitz ins Ausland verschleudern und daß sich das Ausland zum großen Teil aus unserem Grundbesitz und unserer Industrie (durch Aktienkauf) macht und zum Teil, daß unsere Wertpapiere in Bewegung bleibt. Wir hören das Leben von Banerroteuren. Um die Gefahr abzuwenden, müssen wir die Einfuhr von nicht lebensnotwendigen Waren nach Möglichkeit einschränken, die Produktivität der deutschen Arbeit steigern und die Fragen internationalen Charakters auf internationalen Wege zu lösen suchen. Die Sozialisten fordern grundsätzlich den freien Gütertausch, sie sind starke Gegner des in Deutschland schon vor dem Kriege geübten Existenz der Hochhaltung der Preise im Inland und Verschleudern ins Ausland, aber in Würdigung der Verhältnisse muß ein Staatseingriff der Regierung in dieser Hinsicht gestattet sein. Wir sind natürlich da auch bis zu einem gewissen Grad vom Ausland abhängig. Auf eine gesunde Produktion können wir nur rechnen, wenn wir eine Politik der Volkswirtschaft treiben. Um die Produktivität der deutschen Arbeit zu heben, brauchen wir die Mitwirkung des deutschen Arbeiters, Bauern, Kaufmanns, Handwerker, Beamten und Intellektuellen, solange er da ist. Wir brauchen auch im Innern eine Politik der Verbilligung. Die Selbstverleumdung des deutschen Volkes wirkt fast schlimmer als der Friedensvertrag. Aus der ersten gemeinsamen Not sollte

und allen das Gefühl der Brüderlichkeit erwachsen. Jede Diktaturpolitik ist zu verwerfen.

Darüber, daß der Frieden revidiert werden muß, sind wir uns einig. Die Revision des Friedensvertrages ist auch einmütig auf der internationalen Pazifiktagung in Bagdad gefordert worden. Drei Wege werden erörtern, die Anwendung des einen schließt die Verwirklichung des andern jeweils aus: Weltrevolution oder Völkervertrag und Völkervertrag. Die beiden erstgenannten hält Redner nicht für gangbar und keineswegs zu dem Ziele (Wiederaufbau Deutschlands) führend, dem Wege der Verständigung redete er das Wort. Das wirtschaftliche und kulturelle Leben stand schon in dem letzten Jahrzehnt im Zeichen internationaler Organisation, nur in politischer Beziehung bestand eine internationale Anarchie. Die notwendige Konsequenz der Entwicklung ist eine internationale Rechtsordnung, unter die sich alle Staaten beugen und unter deren Schutz sich alle Völker entfalten können.

Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall quittiert. Die Aussprache gestaltete sich recht lebhaft. Nach einem kurzen Schlußwort, das ebenfalls beifällig aufgenommen wurde, schloß der Vorsitzende, Herr Reichsminister Dr. Friedberg die sehr gut verlaufene Versammlung, die als einen großen Erfolg für die Friedensidee gebucht werden kann.

Todesfall. Ein treuer Anhänger unserer Sache, der Dienmann Wilhelm Kempf, ist im Alter von 67 Jahren nach längerem Leiden verstorben. Ueber 20 Jahre tat der Verborene neben seiner Tätigkeit als Dienmann als Austräger des „Vollstreund“ nach besten Kräften seinen Dienst. Trotz seines hohen Alters stand er, bis ihn eine schwere Krankheit ans Krankenbett festsetzte, Tag für Tag bei der Hauptpost, um unsere Zeitung an die Poststation zu verpacken. Auch seiner Gewerkschaft, dem deutschen Transportarbeiterverband, gehörte er viele Jahre an. Wir werden unsern alten Freunde ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Beerdigung findet heute mittag 3 1/2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Berein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Am morgigen Sonntag werden die Jugendgenossen von Gaggenau Karlsruhe und der Arbeiter-Jugend Karlsruhe einen Besuch abstatten. Die Gäste kommen um 8 Uhr hier an, worauf um 9 Uhr eine Besichtigung des Trudereibetriebes des „Vollstreund“ und anschließend eine Besichtigung des Stadtgartens stattfindet. Nachmittags findet ein Spaziergang durch den Schloßgarten statt. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden ersucht, sich möglichst zahlreich am Bahnhof um 8 Uhr morgens zum Empfang der Gäste einzufinden und ebenfalls an den Führungen und dem Spaziergange teilzunehmen. Treffpunkt 9 1/2 Uhr im Hofe des „Vollstreund“-Gebäudes.

Eine Protestversammlung gegen die ungesetzliche Erhöhung der Fernspreckgebühren findet heute Samstagabend 8 Uhr im Kolosseum, Saal 3 statt. Alle Fernspreckteilnehmer und die Besitzer der Häuser, auf denen Fernspreckleitungen angebracht sind, werden gebeten, dieser Protestversammlung anzuschließen. Erscheint in Massen!

Krankenkassenleitung. Die freie Vereinigung badischer Krankenkassen hielt eine Landeskonferenz der Kassenvorstände und Kassensachverständigen ab. Es wurde eine Entschließung angenommen als Antrag an die staatsärztliche, in der die Verbilligung des versicherungszustandes in Baden in kürzester Frist verlangt wird. Die Ärzte sollen ihre Gebühren nach den durch den Schiedsgericht festgesetzten Honoraren für Einzelleistungen, ohne daß sie direkte Bezahlung durch den Patienten verlangen, berechnen. Die Krankenkassen verpflichten sich zur Zahlung der hiernach gebundenen Beträge. Es soll beiderseits anerkannt werden, daß örtliche Vereinbarungen abgeschlossen werden können. (Wir werden noch näher über die Tagung berichten.)

Fälligkeit der Militärrenten usw. am 20. Juni. Die Empfänger von Militär-Verorgungsgebühren müssen daran erinnern, daß die Auszahlung ihrer Gebührenscheine bei den Postämtern am 20. Juni stattfindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Bezüge noch im Fälligkeitstage abzugeben. Empfänger von Militär-Verorgungsgebühren, die deren Zustellung in die Wohnung wünschen, haben einen entsprechenden Antrag an die zuständige Postamtstelle, bei der die Bezüge bisher abgeholt wurden, zu richten. Vorzude zum Antrag gibt die Postamtstelle ab, die auch Näheres über das Verfahren und die Zeit der Bestellung mitteilt.

Sonntagsdienst der Apotheken. Kronen-Apothek, Jählingerstraße 64; Kronen-Apothek, Tel. 1090. Hof-Apothek, Kaiserstraße 201; Tel. 401. Hilda-Apothek, Gertrudenstraße 66; Tel. 1779. Stern-Apothek, Hardtstraße 33; Mühlburg, Tel. 2039. Adler-Apothek, Südstadt, Schützenstr. 21; Edel-Wilhelm-Apothek, Tel. 1331. Ludwig-Wilhelm-Apothek, Reisingerstraße 4; Tel. 705.

Ein Theaterwuns. Man schreibt uns: Die Volksoberleitung der Luzischen Oper „Der Schmied von Hühla“ am letzten Dienstag hat gleich wie die bisherigen Aufführungen wiederum eine warme Aufnahme gefunden; der Wunsch ist daher gerechtfertigt, daß diese Oper auch in der nächsten Zeit auf dem Spielplan erscheinen möge. Die volkstümliche Musik neben der leichtverständlichen Handlung stencelt das Opernwerk mit Recht zur Volksoper. An der Theaterleitung würde es nun liegen, dafür besorgt zu sein, daß diese Volksoper nun auch dem „Vollstreund“ zugänglich gemacht wird. Bei den derzeitigen hohen Eintrittspreisen ist dies natürlich unmöglich, da weite Volkskreise, wozu ein nicht geringer Teil des früheren hiesigen Theaterpublikums gehört, sich einen Theaterbesuch kaum noch gönnen können. Dies könnte jedoch erreicht werden, wenn die Theaterleitung sich entschließen würde, derartige Stücke, wie „Der Schmied von Hühla“, als Volksoberleitung, und zwar zu ermäßigten Eintrittspreisen, aufzuführen. Die Theaterleitung würde sich dadurch nicht nur den Dank und die Anerkennung vieler Theaterbesucher sichern, sondern auch zur Hebung des leiblichen durch die wirtschaftlichen Sorgen erschlahmenden karlsruher Minderbittelteiler beitragen.

Badisches Landestheater. Am nächsten Sonntag, den 27. ds. Mts. kommt als letzte Wagner-Vorstellung in dieser Spielzeit „Tristan und Isolde“ zur Aufführung. In derselben wird Frau Maria Lorenz-Köllischer die Rolle ihrer diesmaligen Gastspiele als Isolde befehlen, in welcher Partie sie bereits im Herbst d. J. hier außerordentlichen Erfolg erzielt. — Am Freitag, den 2. Juli, wird im Landestheater die Operette „Die Mondknechtin“ wiederholt, in welcher Herr Seddel nochmals auftreten wird. Die Operette hatte vor wenigen Tagen in Baden-Baden einen sehr starken Erfolg.

Königshaus-Ausstellung. Wie aus dem Vortextteil zu ersehen ist, hatten am Samstag den 26. und Sonntag den 27. Juni die beiden Königshaus- und Geflügel-Zuchtvereine Karlsruhe-Müthen und Gaggenau eine gemeinschaftliche Ausstellung im Gärtchen zum Bahnhof in Gaggenau ab. Was die Königshaus- und Geflügelzüchter in den letzten Jahren geleistet haben, ist in den meisten Kreisen bekannt und werden bei dieser Veranstaltung die Leistungen obenwährender Züchter abermals der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Es kommen circa 20 Tiere zur Schau und ist der Besuch lehrreich und interessant. Günstig ist günstige Gelegenheit zum Ankauf von Zucht- und Jungtieren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Mittag-Konzerte im „Kühlen Krug“. Die so beliebten Sonntag-Nachmittagskonzerte im „Kühlen Krug“ nehmen morgen nachmittag 4 Uhr wieder ihren Anfang.

* Stadtgartenkonzert. Die städtische Schülerekapelle veranstaltet am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, im Stadtpark unter der Leitung des Kapellmeisters Wölfler ein Freikoncert mit aussergewöhnlichem Programm.

* Ruderregatta. Die Ausschreibungsrennen zur 7. Karlsruhe-Ruderregatta beginnen schon heute Samstag, nachmittags 5 Uhr, und finden am Sonntag, früh 8 Uhr, ihre Fortsetzung. Die hiesige Rennstrecke läßt ihrer geringen Breite wegen nur das gleichzeitige Starten von 3 Booten zu.

Im Central-Kino, Karlsriedstraße 26, wird zurzeit „Der Hund von Basterville“ 1. Teil nach dem gleichnamigen Roman vorgeführt und ist dies, wie uns geschrieben wird, der größte, der spannendste und unübertroffenste Detektiv-Schlagert, der je gezeigt wurde.

Valuta-Bericht vom 25. Juni.

Die Mark notierte in der Schweiz ca. 15.—, in England 148 M. per Pfd., in Frankreich 8,07 M. per Fr., in den USA 37 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Juni 1920.

Süddeutschland hatte gestern noch vorwiegend heiteres und trockenes Wetter mit ziemlich hohen Nachmittags- und Abendtemperaturen. Nördlich und nordöstlich der Mainlinie war es unter dem Einfluß der im Norden vorbeiziehenden Druckwellen ziemlich bewölkt; dort stiegen die Nachmittags- und Abendtemperaturen nur bis 18 Grad.

Vorausichtliche Witterung bis Sonntag den 27. Juni nachts: Zunächst noch wolkig, dann wieder vorwiegend heiter und trocken, mäßig warm.

Letzte Nachrichten.

Lebensmittel-Preise.

Bremen, 25. Juni. Die gestern hier ausgebrochene Lebensmittelkrise nahmen namentlich in den letzten Nachmittagsstunden in einigen Vororten einen gewaltigen Umfang an. Es kam verschiedentlich zu schweren Ausschreitungen gegen die Sicherheitsmannschaften.

Bonn, 25. Juni. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge zog heute vom Marktplatz aus truppenweise durch die Gassen und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhe und Konsumgüter um ein Drittel herabzusetzen.

Mannheim, 25. Juni. Am Obstmarkt herrschte heute eine sehr erregte Stimmung. Die Polizei war stark vertreten und kontrollierte die Preise. Außerdem fand sich eine große Menge von Arbeitern ein, die von Stand zu Stand gingen und die Ermäßigung der Getreidepreise auf einen bisher noch nicht dagewesenen Stand erzwangen.

Mannheim, 26. Juni. Die Bewegung zur Preislenkung auf dem Obstmarkt hat gestern zu unliebsamen Ausschreitungen geführt. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß ein Teil der Menge in verschiedene Lebensmittelgeschäfte eindrang und unter dem Einfluß der Wut Waren verlor.

Leit. Verh. Sozialenleger: kam es auf dem letzten Wochenmarkt in Mainz wegen der hohen Lebensmittelpreise zu erregten Ausschreitungen. Die Menge forderte billigere Preise.

Durlacher Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei A. Sander & Co. eingetragenen Kunden von Sch bis einschließlich Z und von Rr. 1 bis 76 können am Montag, den 28. Juni, 1 Zentner Stückkohlen zum Preise von 20,70 M. je Zentner ab Lager Fringstraße erhalten.

Baden-Baden.

Lebensmittel-Verteilung.

- 1. Kartoffeln, marktfrei: Ausgabe erfolgt von 10 Pf. ab das Pfund 30 Pf.
2. Marktfreie Artikel werden von Zeit zu Zeit an den Anschlagtafeln bekannt gegeben und nur an Kasse 4 herausgegeben.
3. Goudakäse: Ab Montag, den 28. Juni kommen in den einschlägigen Kolonialwarenhandlungen und Delikatessengeschäften auf die Marke G 482 70 Gr. Goudakäse zum Preise von 2,05 M. die 10 Gramm zur Verteilung.

wichtige Durchschnitte zu Veränderungen. Die Polizei machte mehrmals von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Arbeiter schwer verwundet wurde.

Initiativantrag wegen Zistierung des zehnpromzentigen Lohnabzuges.

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, ist im Reichstag ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, die Zistierung des zehnpromzentigen Lohnabzuges anzuordnen.

Entgeltlicher Termin für Spa: 5. Juli.

Wien, 25. Juni. Der englische Geschäftsträger erklärte im Auswärtigen Amt, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz in Spa am 5. Juli stattfinden werde.

Das Parlament in Wladivostok.

Wladivostok, 25. Juni. Einer Meldung aus Wladivostok zufolge wurde das dortige Parlament in Gegenwart der fremden Konsulen eröffnet. Der Leiter der Gemischten Kommission, Redmedew, sagte in der Eröffnungsrede: Der Weltkrieg im Osten muß beendet, eine Verständigung mit dem neutralen Japan erwirkt werden.

Eine deutsche Note wegen Freistellungserklärung.

Paris, 25. Juni. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, überreichte dem Sekretariat der Freistellungskommission am Freitag nachmittag eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Freistellung der Frift verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt wurde.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei.

Prag, 25. Juni. Das tschecho-slowakische Pressebüro meldet: Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland nähern sich ihrem Abschluß. Am Donnerstag nachmittag wurde die Frage der Liquidierung des deutschen Eigentums zu Ende geführt. Das bereits in Berlin im Vorlauf vergeblich abgelehnte wurde ohne Änderung genehmigt.

Ueberegabe der ersten Zone an Dänemark.

Kopenhagen, 25. Juni. Wie hiesige Zeitungen melden, hat die dänische Regierung aus Paris die Mitteilung erhalten, daß die endgültige Ueberegabe der Souveränität über die erste Zone am kommenden Sonntag stattfinden werde.

Die Kämpfe gegen Kemal Pascha.

Smyrna, 6. Juni. (Gazeta.) Die griechische Offensive gegen Mustafa Kemal Pascha hat begonnen. Die Operationen schreiten erfolgreich vorwärts. Die Griechen besetzten gestern At-Hissar und rücken weiter nach Norden vor.

Briefkasten der Redaktion.

Mitgl. Zum Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, wozu auch Zucker gehören, bedarf es der Handelslaubnisse. Leutesheim. 1. Bedenken Sie sich an den Gewerbetreibenden des Gew. Baden des Deutschen Arbeiterfängerbundes, Stadtb. Fritz Töpfer, Karlsruhe, Kriegsstr. 3a. — 2. Unser Volksbuchhandlung wird Ihnen hierüber Auskunft geben. S. Leutesheim. Artikel kommt!

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Werner, B. Ernst Wickenmeier, Kaufm. Bertha Leonore, V. Jakob Weil, Kaufm. Hermann, V. Val. Zimmer, Postbote. Karl Albert, V. Karl Werner, Straßenb.-Schaffner.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausges. Hermann Herr von Vietzheim, Kassenbeamter hier, mit Rosa Winger von Dödingen. Georg Dambrecht von Kirchheim, Rader hier, mit Dina Henninger von Stockstadt. Emil Gausler von hier, Maler hier, mit Emilie Späth von Kimmertshausen.

Todesfälle.

Erwin, alt 11 Jahre, V. Emil Dierker, Maschinenf. Effete Patzschner, ohne Beruf, ledig, alt 74 Jahre. Frieda Richeimer, alt 85 Jahre, Ehefrau von Ferd. Richeimer, Kaufm. Wih. Kommy, Dienstmann. Chemann, alt 86 Jahre.

Schreibzettel.

Schreibzettel: Georg Schöpslin, Verantwortl. für Artikel. Politische Redaktionen und Legation Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefortschritt, Aus der Vorzeit, Gerichtszeitung und Heilbrunn Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Ausgewählten Gustav Krüner, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe, (Preis Tarnecht, Fußballstellung.) Heute abend 8 Uhr außerordentliche Spielerversammlung. Unbedingtes Erscheinen aller Spieler erforderlich, da 2 Mannschaften nach Speyer fahren müssen. 4293

Wasserstand des Rheins.

Schutterdinkel 240, gef. 8; Rühl 330, gef. 5; Ragau 505, gef. 4; Mannheim 414, gef. 8 Zentimeter.

Geschäftliches.

Der heutigen Gesamtanfrage ist ein Prospekt der Firma Süddeutscher Auto-Vertrieb, Karlsruhe, Balstraße 13, über Atlas-Schubkarren beigegeben, welchen wir unsern verehrl. Bezeichern besonderer Beachtung empfehlen. 4290

Bruchsaler Anzeigen.

Karten-Ausgabe.

am Montag, den 28. Juni 1920, von 9-12 Uhr vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags an die Buchstaben A bis einschließlich C. Bruchsal, den 26. Juni 1920. 1805

Krankentrost bet.

Zur Hinführung darauf, daß Krankentrost immer noch nicht eingetroffen ist, haben wir den Herstellern von Krankentrost 90prozentiges Weizenmehl zugewiesen. Als 1. Juli ist das Krankentrost bei folgenden Bäckereimeistern erhältlich: 1. Bäckereimeister Graf, Kriegsstraße, 2. Bäckereimeister Hellmann, Korbellenstraße, 3. Bäckereimeister Kühn, Kelterstraße. A. H. A. t., den 26. Juni 1920. Kommunalverband Neustadt-Stadt.

Zeitungsträgerinnen.

Sehr geehrte Damen! Ich bitte Sie, sich bei Herrn Weing. Neuhäuser, Friedrichsring 17 melden. Verlag des Volksfreund.

Zahn-Praxis.

Ich habe mich hier als Dentistin niedergelassen. Uebe ab 15. April 1920 meine Tätigkeit vorläufig im Hause Kaiserstrasse Nr. 99, 2. Stock, aus Sprechstunden: vormittags 9-1 Uhr nachmittags 2-6 Uhr Sonntags nur bei Voranmeldung vormittags 11-12 Uhr. Ein zur allg. Ortskrankenkasse zugelassen. Bruchsal, im April 1920. Rosa Isenmann, Dentistin. Telefon Nr. 845.

Badische Kleider-Klinik
 Zirkel 30 gegenüber der „Badischen Presse“ Telefon 4120
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
 Instandsetzen sowie Umänderungen sämtlicher Herren- und Damen-Garderoben. Wenden von abgetragenen Kleidungsstücken, sowie Neu- anfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz und guter Ausführung. Prompte Bedienung!
 Billige Preise!
 Wolf Amstowald. 4216

Verband der Branerei u. Mühlen- arbeiter und verw. Berufsgenossen
 Verwaltungsstelle Karlsruhe
 Büro: Neuer Saalbau, Mühlburg. : Telef. 4108.
Einladung
 zu der am Montag, den 28. Juni, nach- mittags 3 Uhr, im großen Saale des „Colosseum“ in Karlsruhe stattfindenden
Großen öffentlichen Protest-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Der Ruin der bad. Branindustrie und Brotlosmachung der darin beschäftigten Arbeitnehmer durch verkehrte Regierungsmassnahmen.
 2. Bericht über die Verhandlung mit den Branereien über die Erhöhung der Steuerungsgebühr.
 Referent:
Geschäftsführer: Seb. Hitz.
 Wir fordern hiermit die Arbeiter und Angestellten der einschlägigen Betriebe auf, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Die Betriebe sind gehalten rechtzeitig zu schließen. Die Teilnahme an der Versammlung wird im Mitgliedsbuch vermerkt und ist daselbe am Saaleingang vorzuweisen. Kein Mitglied darf unentschuldigt fehlen.
 4224 Der Vorstand.

20% Preisabschlag 20%
 auf alle Gold-, Silber- und Doublewaren.
 Neu eingetroffen
Weckeruhren, Küchenuhren, Wanduhren bedeutend herabgesetzt im Preise.
 Ein Posten **Collers** mit Anhänger (Silber 800), echte Steine, 6 bis 15 *M*.
 Ein Posten **Keiten Double 20 M.**, verg. 6 *M*.
Trauringe 8- und 14 karat., mod. Kugel- form, bedeutend billiger.
Oskar Kirschke
 Uhrmacher und Juwelier, Kriegstr. 70.

Union-Theater
 Kaiserstrasse 211.
 Telefon 768 Telefon 763
Vornehmstes Lichtspielhaus am Platz.
 Ab Samstag, den 26. bis Montag, den 28. Juni 1920
 Der große May Prunkfilm
Fräulein Zahnarzt
 Lustspiel in 5 Akten.
 Nach einer Idee von Ruth Götz
 In der Hauptrolle: **Mia May**
 Regie: **Joe May.**
 Ferner aus der Margarete Neef-Serie
Im Bahnwärtterhäus'l
 Drama in drei Akten. 4227
 Personen-Verzeichnis:
 Alois Hofner, Dorfsehull. Curt Prager
 Monika, seine Tochter. MARG. NEEF
 Frz. Fernhuber, Beamte. Rich. Ludwig
 Sein Vater. Rudolf Horky
 Der alte Spantner. Gust. Rudolph
 Toni, sein Sohn. Leo Peukert
 Der kleine Franzl. Rolf Müller.
Erstklassige musikal. Illustration
 Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr
 Beginn der letzten Vorstellung
 abends 9 Uhr.

R. D. B.
 Ortsgruppe Karlsruhe.
 Montag, den 28. Juni, 8 Uhr abends
Vollversammlung
 im „Edweirachen“.
 Es sprechen:
 Der 1. Verbandsvorsitzende Kam. Franke
 Führer der Landesgr. Hessen & Gemeinder.
 Sämtliches und vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
 Der Vorstand. 4217

Kaninchen- und Geflügel-Zucht- Verein Karlsruhe, R.-Hinterheim.
 Samstag, 26. und Sonntag, 27. Juni 1920
Große Kaninchen-, Geflügel- und Produkten-Ausstellung
 im Gasthaus z. Bahnhof in Gagstfeld. Eröffnung Samstag 2 Uhr. - Eintritt 50 Pf., Kinder 10 Pf. - Gäßchen. - 4245
 Zum Besuche ladet freundlich ein Die Ausstellungsleitung.

VII. Karlsruher Ruder-Regatta
 auf dem Rheinhafen in Karlsruhe
 Samstag, 26. Juni, nachm. ab 5 Uhr
 und
 Sonntag, 27. Juni, vorm. ab 8 Uhr
Vor-Rennen.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr
15 Haupt-Rennen
 Grosses Konzert des Orchester-Musikvereins Harmonie.

Kühler Krug.
 Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr
Grosses Militär-Konzert
 der ehemalig. Grenadierkapelle
 Leitung:
Obermusikmeister Bernhagen.
 Bei schlechter Witterung findet das Konzert im Gartensaal statt. 4206

Nebenverdienst
 bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse. Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch
E. Böhmel & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, Volksschulstr. 519.
 Wir suchen zum sofortigen Eintritt wirklich tüchtige, erfahrene
Werkzeugdreher
 sowie 4207
Werkzeugmacher
 für dauernde Beschäftigung. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an
Progress-Werk Oberkirch N.-G. in Stadelhofen, Baden (PostNenzen)

Kauft heute kein Obst
 bis es bedeutend billiger ist.

Karlsruher Hausfrauenbund.
 Badischer Frauenverein.
 Hausfrauenabtd. des katholischen Frauenbundes Karlsruhe.
 Evangelischer Frauenbund.
 Jüdischer Frauenbund.
 Badische Verbraucher-Kammer.
 Ortsausschuß Karlsruhe des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes. 4178

Das städt. Rheinbad Maxau
 ist 1708
geöffnet.

Rauchdank!
 Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. 1708
Versandhaus Urania
 München L. 28, Wallstr. 38.
 treffen sich Samstag, den 26. Juni, 8 Uhr abends im „Schiffelhof“, Ecke Studts- und Ludwig-Wilhelmstraße. 4104

Kragen-Wäscherei Schorpp
 liefert schnellstens **Stärke-Wäsche**
 Annahmestellen:
 Karlsruhe:
 Ludw.-Wilhelmstr. 5.
 Kaiserstr. 84 u. 243
 Gerwigstrasse 43
 Amalienstrasse 15
 Waldstrasse 64
 Wilhelmstrasse 32
 Anrathstrasse 13
 Schillerstrasse 19
 Kaiserallee 87
 Gabelsbergerstr. 1
 Rheinstrasse 18.
 Durlach:
 Hauptstr. 15.

Möbel
 in grosser Auswahl, moderner Formen und billigen Preisen
Komplette Einrichtungen Einzelne Möbel
 Probe Lieferung - Kostentilgung Aufbewahrung
Gehr. Bär
 Telefon Nr. 4807 Kaiserstr. 115 Hagan Adreite
 Besorger-Raum: Kaiserstrasse 43 und 111
 Zahnstrasse 80 und 82
 Friedrichsplatz 2 4220

Apfelmost
 wird vollkommen ersetzt durch
Zapf's
 Kunstmostansatz mit Süsstoff, der beste Hausstrunk. Ueberall zu erhalten
Nährmittel-Fabrik Zapf, Zell a. N. (Baden). 1708

Handelskurse
Damenkurse-Herrnenkurse
Am 1. Juli 4214
 beginnen neue **Halbjahreskurse** für sämtliche kaufmännische Fächer. Eintritt zu einzelnen Fächern am 1. jeden Monats. Tages- und Abendkurse. Ausführliche Auskunft und Prospekt gratis durch die Leitung der
 Privat-Handelslehranstalt und Töchter-Handelsschule
„Merkur“, Karlsruh. 13
 Karlsruhe, nächst d. Moninger, Tel. 2019.

Schafwolle,
 das Pfund zu 40 *M*, geben wir in Mengen von mindestens 3 Pfund am Dienstag, Donnerstag und Samstag jeweils zwischen 1 bis 6 Uhr nachmittags ab. 1758
Karlsruhe-Rippurt, 22. Juni 1920.
 Städt. Güterverwaltung.

Zwei gute Ledersohlen
 überlebt
Henningers Gummibesohlung
 hocheffizient angebracht.
 Keine neue Lederbesohlung nötig.
Herrn-Sohlen mit Wägen Komplett Mk. 28.-
Damen-Sohlen " " " " " 25.-
Erste Karlsruher Gummibesohlanstalt
 mit Kraftbetrieb 4137
Kaiser-allee 145, Galteistelle Philippstraße
 Gegen Vorzeigung dieser Anzeige 3% Rabatt.

Aktienbrauerei Wulle Stuttgart
 empfiehlt ihre
hellen u. dunklen Lagerbiere
 Alleinvertrieb für Karlsruhe u. Umg.
Jos. Fritz
 Biergroßhandlung
 Karlsruhe Kriegstr. 17
 Telefon 5311. 4222

Milchkübe u. hochträchtiger Kübe und Rinder
 4223
Badische Landwirtschaftskammer.

Karlsruher Zigarrenhaus
 Kaiserstraße 88
 nur neben dem abgebrannt. Museum.
Der letzte Ritter
 ist soeben bei mir 4221
eingetroffen.
Hochedle Qualitäts-Zigarre
Preis Mk. 1.20.
 Sumatra - Habana - Brasil - Java sind die Bestandteile.
 Original-Typen dieser Tabake können in meinem Geschäftslokal eingesehen werden.
 Zur Einführung gewähre ich 5% Rabatt bei Abnahme eines Original-Justel. Besichtig. Sie bitte mein Schaufenster. Machen Sie einen Versuch.
Alleinige Fabrik-Niederlage:
G. Hansberger, Tabakfabrikate
 en gros en detail
Nicht verwechseln, nur Kaiserstr. 88

Der neu...
 Aus...
 Der n...
 kann keine...
 befürchten...
 tag wird...
 müssen...
 Die Etien...
 res auf 10...
 Der Reich...
 juch, dieses...
 Deutschlan...
 trittsgebun...
 drohende A...
 Wählergeb...
 wird das G...
 wählt hat...
 Inzwi...
 zugekomm...
 der B...
 trumsflügl...
 icken Bekl...
 bachs. D...
 Parliamen...
 vertreten...
 Oberbürge...
 Diejen...
 rungsstrich...
 dankend a...
 eines Wirt...
 Der...
 Gelferrich...
 Er hat je...
 Vertreter...
 jekt als...
 führen...
 gung für...
 werke für...
 Armes...
 nach dem...
 Sa m...
 ber Stabi...
 Lebensmit...
 Waren zu...
 Ber...
 wurde üb...
 hängt...
 gab es 2...
 Bremen...
 tag, began...
 mittel...
 Kaufstell...
 Nagb...
 iam es ir...
 Ausschreit...
 Duiss...
 Obst m a...
 abfehu...
 bon den...
 Stutte...
 Feuerungs...
 Hände her...
 Verkehrs...
 führer des...
 gefecht wor...
 ist der Au...
 Aus...
 haben sich...
 men ruhig...
 der Stadt...
 holung der...
 Wie a...
 die ohne...
 ferresten...
 spruch...
 der Kaufm...
 der Rebe...
 den soll...
 Ein D...
 Ueber...
 „Deutschen...
 ackern gen...
 Zonnen für...
 2000 finit...
 aus Neuf...
 lide ertrun...
 Berli...
 it zum O...
 werden...
 Die...
 Bar...
 der Abstim...
 von den...
 11. Juli.